AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 16 | 29. SEPTEMBER 2023 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Vania Alleva: «Nicht wählen zu gehen, können sich nur Reiche leisten!» Seite 2

Demo: 7.10. in Zürich

Lohnwende jetzt!

Ohne die **Büezerinnen** und **Büezer** des **Elektrogewerbes** und der **Gebäudetechnik** klappt's nicht mit dem **Klimaschutz.** Doch dafür braucht's auch eine **Wende** bei ihren **Arbeitsbedingungen.**

Seiten 4–5

FOTOS: UNIA, ADOBE STOCK, YOSHIKO KUSANO, MANU FRIEDERICH

Auch schmutziges Gold glänzt

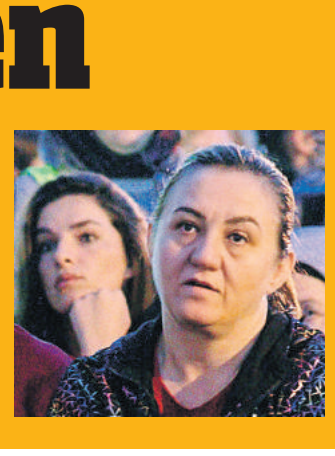
Die Schweiz ist eine der grössten Gold-Drehscheiben. Das Dossier. Seiten 10–11

Was wird neu bei der Unia?

Unia 2.0: Ein ausserordentlicher Kongress entscheidet. Seite 6

Päckli-Frauen protestieren

Sie packen für Zalando Päckli aus – unter prekären Bedingungen. Jetzt wehren sich die Ceva-Frauen in Neuendorf SO. Seite 3



workedito
Anne-Sophie Zbinden

JETZT WIRD'S ZU BUNT!

Wie die Bäume ihr verdorrtes Laub, verlieren die Versicherten langsam, aber sicher die Nerven. Denn sie geht wieder los, diese ohnmächtige Suche nach dem «besseren» Angebot, im Namen eines verordneten Glaubens an die «Marktkräfte». Dabei müssen die 49 Krankenversicherer im Obligatorium per Gesetz alle dasselbe anbieten. Zugegeben, die schiere Menge an Anbietern war auch schon mal schlimmer: 1903 waren es über 2000, 2014 immerhin noch 60. Doch die Bemühungen um eine Einheitskrankenkasse sind schon zweimal an der Krankenkassenlobby mit ihren Werbemillionen gescheitert. Deshalb ist und bleibt es nervenaufreibend. Und treibt die Kosten zusätzlich in die Höhe: Nach der letztjährigen Ankündigung der steigenden Prämien sind die Werbekosten der Krankenkassen von ungefähr 62 Millionen auf 100 Millionen gestiegen. Obendrauf kommt der Schock über die Prämienerhöhung von durchschnittlich 8,7 Prozent.

Die Krankenkassen haben ihre Werbeausgaben letztes Jahr massiv erhöht.

NONSENS. *Offiziell begründet der Krankenkassenverband Curafutura diesen massiven Anstieg damit, dass die Prämien die Kosten nicht mehr decken würden. Die Zahlen zeigen aber: 2022 flossen durchschnittlich 3760 Prämienfranken pro Kopf an die Kassen. Für die Leistungen gaben sie jedoch nur 3707 Franken pro Kopf aus. Anders ausgedrückt: Die Bevölkerung bezahlte mehr, als ihre medizinische Versorgung tatsächlich kostete. Ähnlich 2021: Die Kassen bezahlten Kosten von 3627 Franken pro Kopf, nahmen aber mit den Prämien 3788 Franken ein. Und ab mindestens 2011 zeichnen die Zahlen vom Bundesamt für Statistik dasselbe Bild.*
Die Krankenversicherer legen die Höhe der Prämien selbst fest. Der Bundesrat muss sie genehmigen. Und dann auch verkünden, wie Gesundheitsminister Alain Berset dies Anfang Woche getan hat. Und nun als Überbringer der schlechten Nachrichten zumindest medial von rechtsbürgerlicher Seite den Löwen zum Frass vorgeworfen wird wie im alten Rom. Das löst weder damals noch heute sonderlich viele Probleme.

NOT. *Was es jetzt braucht, sind konkrete Lösungen für jene Familien, die schon heute nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Die aus Kostengründen auf medizinische Untersuchungen oder Medikamente verzichten. Das sind fast die Hälfte der Haushalte mit tiefen und sehr tiefen Einkommen, wie eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) zeigt. Hier sind die Kantone in der Pflicht, endlich ihre Verantwortung bei der Prämienverbilligung wahrzunehmen. Denn 17 von 26 Kantonen haben ihre Beiträge für Prämienverbilligungen über die letzten zehn Jahre real gekürzt. Und natürlich müssen die Medikamentenpreise runter, auch die unsoziale Kopfprämie gehört abgeschafft.*
Viele Rezepte zur Reduktion und Finanzierung der Gesundheitskosten sind jedoch einfältig bis absurd. Etwa die Budget-Krankenkasse (FDP-Silberschmidt), oder die unverblümte Forderung nach einer Zweiklassenmedizin durch die Abschaffung des Obligatoriums (SVP-Rickli). Dabei ist das Obligatorium mit der Einheitsprämie eine neuere und durchaus positive Errungenschaft.

BALSAM. *Eine Errungenschaft, die doch über 100 Jahre bis zur Umsetzung gebraucht hat. Denn bereits seit 1890 hat der Bund die Kompetenz dazu. Das in dieser Zeit erarbeitete Gesetz hätte eine eidgenössische Unfallversicherung, öffentliche und private Krankenkassen, das Obligatorium, garantierte Heilungskosten und Erwerbsersatz festgeschrieben. Doch es scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der westschweizerischen Versicherer und der katholischen Sozialpolitiker, die um ihre Kassen fürchteten. Erst 1996 trat das Obligatorium mit der Einheitsprämie schliesslich in Kraft und leistete en passant einen Beitrag zur Gleichstellung: Es glich die zuvor um zehn Prozent höhere Prämie der Frauen denjenigen der Männer an. Das ist Balsam für die Seele.*

Unia-Chefin Vania Alleva zu den Parlamentswahlen 2023

«Für ein soziales, gerechtes und faires Land»

«Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wie gerne würde ich hier mit ‹Bitte geht alle wählen!› beginnen! Doch so einfach ist das nicht. Weil nämlich ein Viertel der Menschen in diesem Land immer noch davon ausgeschlossen sind. Obwohl diese Menschen – und zum Teil schon ihre Eltern und Grosseltern – den Wohlstand dieses Landes miterarbeiten und miterarbeitet haben.

Und so sind wir schon mitten in einem der grossen Missstände in der Schweiz. Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung hat keinen Schweizer Pass. Ohne diesen können sie nicht auf Bundesebene wählen, auch wenn sie ihr ganzes Leben im Land verbracht haben.

Ein weiterer Missstand ist, dass die Interessen der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die das Land am Laufen halten, im Bundesparlament untervertreten sind. Denn der Einfluss der Wirtschaftsverbände und der Lobbygruppen der Konzerne ist enorm. Daraus resultiert eine Politik, die einseitig Menschen mit vollem Portemonnaie bevorzugt. Die soziale Ungleichheit in der Schweiz nimmt weiter zu – und das Parlament trägt dafür eine Mitverantwortung.

«Nicht wählen zu gehen, können sich nur die Reichen leisten.»

Ein paar Beispiele:

- Die bürgerliche Parlamentsmehrheit trieb und treibt seit Jahren die Erhöhung des Rentenalters voran. Zuerst für Frauen, jetzt für alle. Einen guten Ruhestand soll es nur noch für Reiche geben, die es sich bereits jetzt leisten können, frühzeitig in Rente zu gehen. Alle anderen sollen möglichst bis zum Umfallen chrampfen.
- Die bürgerliche Mehrheit hat einen zukunftsweisenden BVG-Kompromiss der Gewerkschaften und der Arbeitgeber beerdigt und stattdessen eine milliardenteure Abbauvorlage gezimmert.
- Die Krankenkassenlobby verhinderte eine sozialere Prämienverbilligung.
- Und die Hauseigentümerlobby setzte Verschlechterungen beim Schutz der Mieterinnen und Mieter durch.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen für mehr Kaufkraft für die grosse Mehrheit in diesem Land. Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter. Und wir kämpfen gegen den gesellschaftlichen Ausschluss von Menschen mit einem anderen als dem Schweizer Pass.

- Wir tun dies Tag für Tag, alle zusammen, unabhängig von Pass und von Herkunft, in den Betrieben und Branchen.
- Wir tun dies auf der Strasse, zum Beispiel am vergangenen 16. September mit einem breiten Kaufkraftbündnis in Bern und am kommenden 7. Oktober gemeinsam mit dem Büezerinnen und Büezern der Gebäudetechnik in Zürich.
- Wir tun dies an den Urnen, wenn wir gegen Steuergeschenke und Rentenklau und für eine 13. AHV-Rente und für bezahlbare Krankenkassenprämien antreten.
- Und wir tun das gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern fortschrittlicher Parteien in den Parlamenten.

Darum mein Anliegen an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Geht bitte alle, die dürfen, am 22. Oktober an die Urnen und wählt Menschen, die die Interessen der Mehrheit in diesem Land vertreten, die sich gemeinsam mit uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für ein soziales, gerechtes und faires Land einsetzen.

Nicht wählen zu gehen, können sich nur die Reichen leisten.

Ich danke euch herzlich!»

FOTO: YOSHIKO KUSANO

Unia-Präsidentin Vania Alleva.

Eine ausführliche Analyse der vergangenen vier Berner Politikjahre publiziert Vania Alleva auf der Website des Think-Tanks Denknetz: **rebrand.ly/denknetz.alleva.**

Der GAV in einer klassischen Tieflohnbranche zahlt sich aus

Reinigungskräfte erhalten mehr Lohn

Der Mindestlohn für Reinigerinnen und Reiniger steigt im nächsten Jahr um drei Prozent. Aufgrund der Teuerung sogar um mehr als ursprünglich ausgehandelt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In der Reinigungsbranche sind die Arbeitsbedingungen oft miserabel. Deshalb wehrten sich am Weltfrauentag Reinigerinnen in Luzern gegen Schwarzarbeit (work berichtete: **rebrand.ly/putz-streik),** und am grossen Frauenstreik zeigten Zürcher Reinigerinnen von Luxushotels ihren harten Arbeitsalltag (work berichtete: **rebrand.ly/hotelreinigerinnen).** In der Reinigungsbranche arbeiten viele Frauen, oft auch mit Migrationshintergrund. Ein körperlich sehr anstrengender Beruf, der Respekt und gute Löhne verdient.

IM PLUS: Steigende Löhne für Reinigungskräfte.

FOTO: GETTY

Jetzt gibt es endlich gute Neuigkeiten für die Reinigerinnen und Reiniger: Ab Januar 2024 steigen die Löhne um drei Prozent. Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Reinigungsbranche wurde bereits 2021 zwischen den Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna und dem Arbeitgeberverband Allpura ausgehandelt. Seither steigen die Löhne für die Reinigungskräfte kontinuierlich. Konkret einigte man sich auf eine jährliche Lohnerhöhung von zwei Prozent. Vom Reinigungsvertrag, der seit 2022 in Kraft ist, profitieren rund 70 000 Reinigungskräfte, egal, ob bei einem Gross- oder einem Kleinstunternehmen tätig. Doch die aktuelle Teuerung frisst die Löhne weg, auch in der Reinigungsbranche. Deshalb entschied der Arbeitgeberverband gemeinsam mit den Gewerkschaften: Für 2024 gibt es drei statt zwei Prozent mehr Lohn.

Vom GAV profitieren rund 70 000 Reinigungskräfte.

8 PROZENT IN DREI JAHREN

Die massive Teuerung setzt besonders Lohnabhängigen in Tieflohnbranchen zu. Die Lebenskosten steigen, die Löhne in vielen Branchen nicht. Etwas besser ist es in der Reinigungsbranche: Bereits für das laufende Jahr hatten die Unia und weitere Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von drei statt nur zwei Prozent ausgehandelt. Das heisst: Hochgerechnet auf drei Jahre erhalten die Reinigerinnen und Reiniger dank dem GAV acht Prozent mehr Lohn.

Wer als Spezialreiniger auf Baustellen oder bei Umzügen reinigt, muss im nächsten Jahr mindestens 4240.60 Franken im Monat verdienen. Vorausgesetzt dafür ist eine anerkannte Ausbildung. Reinigungskräfte, die Fahrzeuge reinigen und keine Ausbildung haben, erhalten 2024 einen Mindestlohn von 4022.20 im Monat.

Die gesamte Lohntabelle ist hier zu finden**: rebrand.ly/gav-reinigungsbranche.**

Herbstpause: Die nächste Ausgabe von work erscheint am 20. Oktober 2023.

«MEHR RESPEKT»: Ceva-Arbeiterinnen packen in Neuendorf SO aus Protest eine Stunde lang keine Zalando-Retouren aus. FOTO: MANU FRIEDERICH

Zalando: Auspackerinnen haben ausgepackt

«Von 3500 Franken netto kann niemand leben»

Der Lohn ist miserabel. Und wird noch weiter gekürzt, wenn jemand zu lange krank ist. Mit einer Protestpause machten die Zalando-Auspackerinnen klar: Sie haben genug.

CHRISTIAN EGG

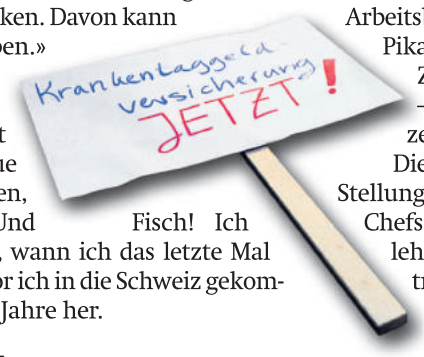
Statt T-Shirts und Schuhen gibt es heute Kaffee und Gipfeli, statt Paketen Protest: In der Halle des Logistikkonzerns Ceva in Neuendorf SO wird am frühen Morgen des 14. September keine einzige Zalando-Rücksendung bearbeitet. Ein paar Tage zuvor haben sich die Mitarbeitenden – 96 Prozent davon sind Frauen – für diese Protestpause entschieden. Um zu unterstreichen, was sie der Firma in den letzten vier Monaten mehrmals mitgeteilt haben: Wir wollen mit euch über bessere Löhne verhandeln.

«Alle hoffen, dass sie nicht krank werden.»
VERONICA PEREIRA, CEVA-ARBEITERIN

Also geht zu Schichtbeginn um 6 Uhr praktisch die gesamte Frühschicht nicht wie sonst in die Halle. Die rund 170 Frauen und Männer setzen sich stattdessen an lange Tische. Erst nach einem rund einstündigen Protest nehmen sie die Arbeit auf. Die Botschaft an die Ceva-Chefs ist klar: Unser Platz ist nicht nur in der Halle, sondern auch am Verhandlungstisch. Bis zu 450 Personen arbeiten in der Halle im Zweischichtbetrieb.

Sie öffnen die Zalando-Pakete, die von der Kundschaft zurückgeschickt werden. Sie erfassen, reinigen und sortieren Kleider und Schuhe. Doch angestellt sind sie nicht von Zalando, sondern vom globalen Logistikunternehmen Ceva – zu miserablen Löhnen von nicht einmal 3500 Franken brutto, ohne 13. Monatslohn. Die Ceva unterbietet damit die branchenüblichen Löhne um 22 Prozent und mehr (work berichtete: **rebrand.ly/ceva1**).

Die Ceva-Arbeiterin Veronica Pereira* sagt: «Netto ist der Lohn etwa 3000 Franken. Davon kann eigentlich niemand leben.» Wenn die Rechnungen für Miete, Krankenkasse und so weiter bezahlt sind, bleibt nicht mehr viel übrig. Neue Kleider kauft sie nur selten, Fleisch ist ein Luxus. «Und Fisch! Ich kann mich nicht erinnern, wann ich das letzte Mal Fisch hatte. Ich glaube, bevor ich in die Schweiz gekommen bin.» Das ist jetzt drei Jahre her.



WEHE, WENN MAL KRANK

Einmal, so berichtet Pereira, habe der Lohn sogar nur 1700 Franken betragen. Weil sie innerhalb des ersten Anstellungsjahres zweimal krank war. Denn so geht das bei der Ceva: Bei zu langer Krankheit wird der Lohn gekürzt. Im ersten Jahr gibt's bereits nach 15 Krankheitstagen gar nichts mehr. Pereira sagt: «Alle hoffen, dass sie nicht krank werden.» Und wenn doch? Sie zuckt die Schultern. «Dann wird's extrem schwierig.» Die Praxis der Ceva ist legal, aber sehr ungewöhnlich: Die meisten Betriebe haben eine Krankentaggeldversicherung. Die zahlt in der Regel 80 Prozent des Lohnes. Zwei Jahre lang. Die Ceva spart sich die Versicherungsprämien. Unia-Gewerkschaftssekretär Roman Künzler: «Mir ist kein vergleichbarer Betrieb bekannt, der keine Taggeldversicherung hat.»

DER BIG BOSS SCHWEIGT UND KASSIERT

Auf Anfrage von work schreibt Zalando, man lasse «Partner» regelmässig durch externe Fachleute überprüfen. Bei der Ceva habe die Überprüfung Ende 2022 «keine Resultate in direktem Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen oder der Bezahlung» ergeben. Pikant: Als einen der überprüften Punkte nennt Zalando «das Recht auf Tarifverhandlungen» – genau das also, was die Ceva-Führung derzeit ablehnt.

Die Ceva wollte dazu gegenüber work nicht Stellung nehmen. Der Unia antworteten die Ceva-Chefs, sie missbilligten die Protestaktion und lehnten Verhandlungen weiterhin ab. Der Betrieb gehört zur französischen Reederei CMA CGM. Ihr Chef und – zusammen mit zwei Geschwistern – Mehrheitsbesitzer ist Rodolphe Saadé (Vermögen: 39 Milliarden Euro). Auch er hat auf eine Anfrage von work nicht reagiert.

Diesen Frühling hat Saadé gezeigt, dass er durchaus willens ist, Probleme mit Geld zu lösen. Weil die Firma massiv von den hohen Frachtpreisen während und nach der Corona-Pandemie profitierte, bezeichnete die Wirtschaftszeitung «La Tribune» CMA CGM als «König der Übergewinne» – was bei Patron Saadé vermutlich nicht eitel Freude auslöste. Tatsache ist: Gut zwei Monate später kaufte die Reederei die Zeitung auf.

Auch ein Weg, mit Kritik umzugehen.

* Name geändert

Wie die IG Metall den Logistikriesen dazu brachte, über Löhne zu verhandeln

«Bei uns zahlt Ceva Löhne über dem Branchenschnitt»

In der deutschen Autoindustrie zeigt sich: Auch bei Ceva sind deutliche Lohnverbesserungen möglich.

CHRISTIAN EGG

In der Schweiz ist die Firma Ceva kaum bekannt, doch weltweit gehört sie zu den grossen Playern in der Logistik: An über tausend Standorten beschäftigt sie rund 110 000 Mitarbeitende. So haben deutsche Autohersteller viele Tätigkeiten an die Ceva ausgelagert. Ihre Leute arbeiten direkt in den Fabriken von VW, BMW oder Mercedes, bringen Teile quer durch die Werkhallen oder helfen gar bei der Montage mit.

Die Löhne stiegen auf einen Schlag um 15 Prozent, die Arbeitszeit sank um 1,5 Stunden.

BEIDE GLÄNZEN: Chassis und Arbeitsbedingungen. FOTO: ISTOCK

Und dies oft zu anständigen Löhnen, anders als in der Schweiz. Der Ceva-Arbeiter Ingolf Meyer aus dem VW-Werk Wolfsburg sagt zu work: «Mit unseren Löhnen liegen wir deutlich über dem Schnitt der Branche.» Das sei allerdings nicht immer so gewesen: «Wir verdanken das unserer Kampfbereitschaft und dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad.»

2015 trat in Wolfsburg fast die gesamte Ceva-Belegschaft der Gewerkschaft IG Metall bei. Sie wählte eine Vertretung und zwang die Firma zu Verhandlungen. Als diese nicht vorwärtsgingen, machten die Ceva-Leute mit einem Warnstreik Druck. «Es war ein langer Kampf», sagt Meyer, Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat bei Ceva. «Aber er hat sich gelohnt.»

GROSSER ERFOLG

Denn im Dezember 2015 einigte sich die IG Metall mit der Ceva auf einen Tarifvertrag (entspricht einem Schweizer GAV) für den Standort.

Und der war ein Meilenstein: Die Löhne stiegen mit einem Schlag um 15 Prozent, gleichzeitig sank die Wochenarbeitszeit von 39 auf 37,5 Stunden. Ähnliches erreichten Logistikerinnen und Logistiker zusammen mit der IG Metall an mehr als 30 weiteren Niederlassungen – meist allerdings auch erst nach einem oder mehreren Warnstreiks. Das zeigt klar: Die Ceva ist andernorts durchaus willens, mit Mitarbeitenden und Gewerkschaften an einen Tisch zu sitzen. Denn auch in Grossbritannien hat die Gewerkschaft Unite mit der Ceva einen Vertrag über Lohnverhandlungen abgeschlossen.

SCHWEIZER MANAGER MAUERN

Unia-Mann Roman Künzler sagt: «Dass das Ceva-Management in der Schweiz Verhandlungen bisher ablehnt, ist völlig unverständlich.» Künzler hat jetzt Kontakt zu Gewerkschaften in anderen Ländern aufgenommen, um den Druck auf die Ceva zu erhöhen.

Künzler sagt: «Ich bin zuversichtlich, dass sich auch bei den Schweizer Ceva-Chefs die Einsicht durchsetzt, dass es besser ist, mit den Mitarbeitenden gemeinsam eine Lösung zu finden.»

Gastro-Löhne steigen

BERN. Gute Nachrichten für Baristas, Rezeptionistinnen und Köche: Die Mindestlöhne im Gastgewerbe werden per Januar 2024 an die Teuerung angeglichen und zusätzlich um 5 Franken erhöht. Je nach Lohnstufe und Ausbildung erhalten die Beschäftigten so pro Monat zwischen 56 und 117 Franken mehr Lohn. Die Gewerkschaften Unia, Syna und der Berufsverband Hotel & Gastro Union haben die neuen Mindestlöhne mit Gastrosuisse, Hotelleriesuisse sowie mit der Swiss Catering Association ausgehandelt. Klar ist: Damit die Branche nicht weiterhin so rasant an Arbeitskräften verliert, müssen sich die Arbeitsbedingungen und Löhne weiter verbessern.

Massenentlassung bei Hero

LENZBURG AG. Beim Lebensmittelhersteller Hero kommt es zum Kahlschlag. 55 Arbeiterinnen und Arbeiter verlieren ihren Job. In Lenzburg wurden bislang Mini-Konfitüreportionen produziert und verpackt. Mit der Massenentlassung bleibt zwar der Hauptsitz weiterhin in Lenzburg, doch die Produktion wird ins Ausland verlagert. Zurzeit befindet sich Hero mit den betroffenen Angestellten in einem Konsultationsverfahren. Seit über zwanzig Jahren gehört Hero Schweiz zum deutschen Lebensmittelkonzern Oetker.

FERTIG SWISS MADE: Hero stoppt die Produktion in Lenzburg. FOTO: DPA

Hafen, nicht Casino

HAMBURG. Etwa 2500 Hafenarbeiter haben gegen den geplanten Einstieg der Genfer Reederei MSC beim Hamburger Hafen demonstriert. Dies unter dem Motto «Unser Hafen, nicht euer Casino». Noch ist der Hafen in Mehrheitsbesitz der Stadt Hamburg. MSC will 49,9 Prozent der Aktien kaufen. Die Gewerkschaft Verdi befürchtet, dass MSC ihren Warenumschlag künftig in andere Häfen verschieben oder dies als Druckmittel gegen die Belegschaft einsetzen könnte.

Teilhabe statt Ausgrenzung

BERN. Mitglieder der Unia, des VPOD, von Solidarité sans frontières und der migrantischen Beratungsstellen von Solinetze.ch trafen sich Ende September zu einer Konferenz für eine solidarische Migrationspolitik. In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie das Ende von staatlicher Gewalt bei Ausschaffungen. Weiter dürfe der Bezug von Sozialhilfe nicht zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung führen. Zudem sollen Migrantinnen und Migranten nicht weiter in prekären Jobs ausgebeutet werden, sondern politische Mitbestimmungsrechte erhalten.

Co-Gewerbeleiter Aldo Ferrari über die Offensive der Stromerinnen und Gebäudetechniker:

«Wir haben gute Karten in der Hand!»

KÄMPFERISCH I: *Aldo Ferrari weiss, was den Büezerinnen und Büezern zusteht.* FOTO: KEYSTONE

Die Neuverhandlungen der Gesamtarbeitsverträge (GAV) im Elektrogewerbe und in der Gebäudetechnik sind eröffnet. Aldo Ferrari, Unia-Co-Leiter Sektor Gewerbe, erklärt, warum die Lage günstig ist. Und warum es trotzdem eine Demo braucht.

JÉRÔME BÉGUIN*

work: Aldo Ferrari, am 7. Oktober demonstrieren die Elektriker und Gebäudetechnikerinnen gemeinsam in Zürich. Warum?

Aldo Ferrari: Weil die GAV beider Branchen zur gleichen Zeit auslaufen und weil beide Bereiche stark von der Energiewende betroffen sind. Konkret erleben beide Branchen eine regelrechte Explosion des Arbeitsvolumens. Die Nachfrage nach Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen ist immens. Schon jetzt sind die Folgen deutlich zu spüren: Mangel an qualifiziertem Personal und damit verbunden ein noch höherer Druck auf die Arbeitenden! Unsere Demonstration findet in Zürich statt, weil dort die beiden Arbeitgeberverbände EIT.swiss und Suissetec ihren Sitz haben. Und wir demonstrieren branchenübergreifend, weil wir gemeinsam stärker sind.

Profitieren die Elektrikerinnen und Gebäudetechniker denn nicht von der guten Konjunktur in ihren Branchen?

Nicht in dem Masse, wie sie es sollten. Aber im Rahmen der Vertragserneuerungen wollen wir erreichen, dass die Qualifikationen der Beschäftigten anerkannt werden und gute Arbeitsbedingungen herrschen. Dazu gehört auch eine echte Aufwertung der Löhne. Das Volks-Ja zum Klimagesetz garantiert den Unternehmen volle Auftragsbücher. Und zwar für die nächsten zehn Jahre! Davon müssen auch jene profitieren, die an vorderster Front für die Energiewende arbeiten.

Was fordern die Büezerinnen und Büezer denn?

Gute Löhne, die Frühpensionierung, würdige Arbeitsbedingungen und Zeit. Zeit, um gute Arbeit zu leisten. Aber auch Zeit, um den Beruf mit dem Privatleben vereinbaren zu können. Heutzutage gibt es immer mehr Druck und immer mehr Arbeit, aber immer weniger Menschen, die sie erledigen können. Nur gute Arbeitsbedingungen können den enormen Fachkräftemangel stoppen. Denn gute Arbeitsbedingungen ziehen neue Berufsleute an und verhindern die Abwanderung des bestehenden Personals in andere Branchen. So wird auch der Druck auf die Einzelnen verringert.

Wie sind die ersten Verhandlungsrunden gelaufen?

Sie haben einigermassen gut begonnen. Schliesslich sind sich auch die Arbeitgeber bewusst, dass sie einen massiven Personalmangel haben. Aber sie glauben, dass sie diesem Problem mit Flexibilisierungen begegnen können. Und mit einer Verlängerung der Arbeitszeit! Da machen wir nicht mit. Wir sind klar der Meinung, dass Arbeitszeitanpassungen in erster Linie im Interesse der Arbeitnehmenden erfolgen müssen.

Was heisst das konkret?

Gerade junge Arbeitende möchten zum Beispiel vermehrt Teilzeit arbeiten. Das ist heute fast nirgends möglich. Und wenn Überstunden geleistet werden müssen, sollte der Stromer oder die Gebäudetechnikerin selbst entscheiden können, wann er oder sie diese Überstunden kompensiert. Es kann nicht sein, dass man immer springen muss, wenn es dem Chef oder der Kundin gerade passt.

Die Mobilisierung für die Demo läuft auf Hochtouren. Wie ist das Echo auf den Baustellen?

Wir haben eine sehr gute Organisation von aktiven Berufsleuten. Und wir erhalten sehr viele positive Rückmeldungen aus den Regionen. Auch die beiden Petitionen, die wir lanciert haben, stossen auf reges Interesse. Es gibt ein echtes Engagement der Arbeitenden. Denn sie sind sich bewusst, dass bei diesen Vertragserneuerungen viel auf dem Spiel steht. Die Verträge regeln immerhin die Arbeitsbedingungen für die nächsten vier Jahre. Für die Lernenden geht es oft vor allem um die Mindestlöhne, die der GAV ihnen nach dem Lehrabschluss garantiert. Für erfahrene Berufsleute wiederum steht vielleicht eher die Frühpensionierung im Vordergrund. Schliesslich spüren sie genau, wie die Hektik auf den Baustellen zugenommen hat. Aber betroffen sind alle. Übrigens: In der Genferseeregion und im Tessin ist die Frühpensionierung in der Gebäudetechnikbranche längst Realität. Das muss doch auch in der übrigen Schweiz möglich sein!

Hand aufs Herz: Wie gut stehen die Chancen für substantielle Fortschritte wirklich?

Eine Sache möchte ich klar betonen: Der Bedarf an Arbeitskräften ist heute gross und wird morgen noch viel grösser. In einer solchen Situation ist die Verhandlungsposition der Arbeitnehmenden ganz grundsätzlich stark. Wir haben also sehr gute Karten in der Hand! Jetzt müssen wir sie nur noch geschickt ausspielen. Deshalb ist die Demonstration vom

Das Volks-Ja zum Klimagesetz garantiert den Unternehmen volle Auftragsbücher. Davon müssen auch jene profitieren, die an vorderster Front für die Energiewende arbeiten.

7. Oktober so wichtig. Vor fünf Jahren haben wir eine schöne Mobilisierung mit den Elektrikerinnen und Elektrikern durchgeführt. Und die damalige Stromer-Demo hat Früchte getragen. Wir haben ausgezeichnete Verbesserungen des GAV erreicht. Zum Beispiel Mindestlohnerhöhungen von bis zu 550 Franken, den 13. Monatslohn für alle Lernenden, 100 Franken mehr für alle und eine Erhöhung der Essenspesen von 12 auf 16 Franken. Diese Verbesserungen müssen jetzt weiterentwickelt werden. Aber auch die Kollegen und Kolleginnen in der Gebäudetechnik brauchen konsequente Fortschritte. Wir müssen uns bewegen – für die Zukunft, für die Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang auf den Baustellen gearbeitet haben, aber auch für die Jugend.

* Dieses Interview erschien zuerst in der Westschweizer Unia-Zeitung «L'Evénement syndical».

KÄMPFERISCH II: Gebäudetechniker wollen endlich bessere Arbeitsbedingungen. Die Auftragsbücher sind voll, Fachleute sind Mangelware, doch die Chefs bocken bei Löhnen, Arbeitszeiten und Frühpensionierungen. FOTO: LUCIEN ROBISCHON

Gebäudetechnik: work beim Protest-Zmittag auf Basler Grossbaustelle

«Heh, der GAV geht uns alle an»

Zu Poulet und Härdöpfelsalat führten Gebäudetechniker Grundsatzdebatten. In der Branche braut sich was zusammen, wie ein Baustellenbesuch zeigt.

JONAS KOMPOSCH

Erstbezug der «Max Towers» in Aesch BL ist 2024 – so zumindest der Plan. Doch noch ist von den künftigen Luxus-Wohntürmen bloss das Betonskelett zu sehen. Deshalb hört der Baulärm auch über Mittag nicht auf. Die Kranführer machen durch, die Betonfräser ebenfalls. Nicht aber die Elektriker und Gebäudetechniker – schon gar nicht an diesem Donnerstag. Ein Unia-Team ist nämlich eingefahren, mit Fahnen, Poulet und Härdöpfelsalat. Gut fünfzig Stromer, Fassadenbauer, Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsmonteure nehmen Platz. «Ä Guete», wünscht der Basler Unia-Mann Andreas Giger und kommt dann gleich zur Sache: «Eure Gesamtarbeitsverträge laufen Ende Jahr aus. Sie müssen erneuert werden. Aber sie müssen besser werden. Und dafür braucht es jeden einzelnen von euch. Kommt am 7. Oktober an die Demo nach Zürich!»

Die neuen GAV müssen dringend besser werden.

Was sich ändern muss, haben die in der Unia organisierten Berufsleute längst beschlossen: höhere Real- und Mindestlöhne, ein Recht auf die Frühpensionierung, mehr Ferien, höhere Mittagsspesen und volle Bezahlung der Reisezeit. Die Büezer im Zmittag-Modus nehmen Gigers Worte zur Kenntnis. Einige nicken, aber gerade kämpferisch wird die Stimmung nicht. Noch nicht, denn an manchen Tischen entwickeln sich jetzt Grundsatzdebatten.

ORGANISATIONSGRAD WÄCHST

Zum Beispiel zwischen Jung-Heiziger Ali Dursun* (25) und Bauleiter Jean-Pierre Vögtlin* (55). Dursun meint nämlich, solche Dinge interessierten ihn überhaupt nicht. Da lässt Vögtlin von seinem Poulet ab: «Heh hallo! Der GAV geht uns alle an!» Es brauche zum Beispiel endlich die Rente mit 60 oder wenigstens 62. «Sonst bleibt doch gerade von euch Jungen keiner lange in der Branche!» Dursun zuckt mit den Schultern. Immerhin bei den Ferien sieht auch er Handlungsbedarf: «Fünf Wochen sind gemessen an unserer Arbeit wirklich nicht genug.» Dann stösst Sanitär Osman Barsani (31) dazu: «Kollega, es ist doch klar, wir müssen es so machen wie die Maurer: demonstrieren und streiken, dann geht was!» Streik, das sei ein grosses Wort, meint dazu Bauleiter Vögtlin. Und: «Wir haben ja erst gerade angefangen.» Das stimme, sagt jetzt Unia-Mann Giger. «Eine grosse Gewerkschaftskampagne wie bei den Stromern hat es bei euch Gebäudetechnikern in den letzten Jahren nicht gegeben.» Heute aber sei in der Region Basel etwa jeder dritte Gebäudetechniker Gewerkschaftsmitglied. Und Giger ist sicher: «Langsam kommt definitiv Bewegung in die Sache.» Und tatsächlich: das Gruppenfoto macht schon mal eine gute Gattung. Was aber zählt, ist der Aufmarsch am 7. Oktober!

*Namen geändert

Gebäudetechniker Mario Herbaum (39) schlägt Alarm:

«Heute wird ja alles nur noch reingeklatscht, Hauptsache fertig!»

Gesundheit, Familie und Qualität der Arbeit – alles leide unter dem Termindruck und dem Sparkurs der Chefs. Deshalb geht Büezer Mario Herbaum am 7. Oktober auf die Strasse.

JONAS KOMPOSCH

Wenn Mario Herbaum einmal loslegt, kommt er schnell in Fahrt. Kein Wunder! Der Sanitär-, Heizungs- und Klimafachmann aus Siebnen SZ hat am eigenen Leib erfahren, wohin der Termindruck in der Gebäudetechnikbranche führen kann. Es geschah auf einer Baustelle für ein Gemeindeschwimmbad – ausgerechnet an dem Tag, als Herbaum die Arbeiten ganz einstellen wollte. Wegen Sicherheitsbedenken!

«Die Firmen bewegen sich noch kaum. Wir müssen auf die Strasse!»
MARIO HERBAUM

Herbaum war damals der Bauleiter und sah deshalb ganz genau, dass der Terminplan nicht mehr realistisch war. Erst recht nicht, als das Architekturbüro aufkreuzte und gestand, in der Planung eine ganze Etage vergessen zu haben. Die sollte nun aber auch noch rein – in der ursprünglichen Frist, versteht sich. Die Folge sei ein allgemeines Rumrennen und Stressen gewesen. Und dann geschah es.

AUF BAUSTELLE FAST GESTORBEN

Ein Arbeiter im Obergeschoss musste in aller Eile Teerpappe verlegen. Für eine Arbeit, die normal drei Tage dauerte, hatte ihm der Chef nur einen Tag gegeben. Und so warf

KÄMPFERISCH III: Mario Herbaum weiss ganz genau, wovon er redet, wenn er sagt, was in der Branche gerade mächtig schieflaufe. FOTO: URS EGGER

der Arbeiter die übriggebliebenen Teerpappenrollen einfach vom Obergeschoss hinunter, anstatt sie zu tragen. Prompt traf eine Rolle Herbaum am Kopf. Mit voller Wucht schlug sein Schädel gegen den Betonboden. «Dass ich überlebt habe, war pures Glück», sagt er heute. Dem Beruf ist Unia-Mitglied Herbaum trotzdem treu geblieben. Aber jetzt müsse sich endlich etwas ändern.

RIESIGES ARBEITSVOLUMEN

Das Wichtigste sei eine realistische Planung: «Heute wird ja alles nur noch reingeklatscht, Hauptsache fertig!» Der Grund: «Die Firmen unterbieten sich ins Bodenlose.» Das führe nicht nur zu enormen Gefahren, sondern auch zu Pfusch. Zudem leide das Privatleben. Zumal die Firmen nur 30 Minuten Fahrtweg bezahlen würden. Dies, obwohl die meisten Berufskolleginnen und -kollegen täglich zwei Stunden im Auto verbrächten. Dazu kommen 8 Stunden auf der Baustelle – oft auch mehr. Denn: «Überstunden kumulieren sich bei uns wie blöd. Und Abbauen ist beim aktuellen Auftragsvolumen eigentlich unmöglich.» Für Familie und Privates bleibe da kaum mehr Zeit. Daher lautet Herbaums zweitwichtigste Forderung: «Volle Bezahlung der Reisezeiten!» Nur so werde die Branche wieder attraktiv. Was dringend nötig sei: «Ich hatte schon Bäcker, Metzger und sogar einen Bauchtänzer auf der Baustelle, und die liefen alle unter ‹Sanitärinstallateur›!» empört sich Herbaum. Überraschend komme der Personalnotstand aber nicht. Denn der Dauerstress lasse eine anständige Betreuung der Lernenden fast nicht mehr zu. Entsprechend fehle nun der Nachwuchs.

«Überstunden kumulieren sich wie blöd.»
MARIO HERBAUM

DIE ANGST BESIEGEN

Auch bessere Löhne und eine Frühpensionierung gehören zu den Forderungen der Sanitäre und der Heizungsmonteurinnen. «Denn seien wir doch ehrlich», sagt Herbaum, «wer von uns Bauleuten schafft es heute noch bis zum regulären Renteneintritt?» Der Handlungsbedarf sei deshalb sehr gross. Bloss sehen das viele Arbeitgeber anders. Für Herbaum ist daher klar: «Die Firmen bewegen sich kaum. Deshalb müssen wir auf die Strasse. Um zu bekommen, was uns zusteht!» Sehen das seine Kolleginnen und Kollegen auch so? «Von der Analyse her auf jeden Fall», sagt Herbaum. Doch vielen fehle noch der Mut, sich zu engagieren. Genau hier liege aber der Schlüssel zum Erfolg: «Wir müssen die Angst besiegen. Dann wird das Unmögliche möglich!»

Stromer-Ehefrau Marianne Bertsch-Junger (56):

«Ich bin chronisch erschöpft!»

Auch die Familien leiden unter den Arbeitsbedingungen in der Elektrobranche. Marianne Bertsch-Junger aus Bern hat genug davon – und protestiert mit ihrem Elektriker-Mann am 7. Oktober in Zürich.

«Wenn um 5.20 Uhr der Wecker klingelt, haben mein Mann und ich meistens noch nicht genug Schlaf bekommen, obwohl wir früh ins Bett gehen. Dann geht es gleich hektisch los. Denn er muss schon vor 7 Uhr auf der Baustelle stehen. Und ich bereite ihm jeweils noch ein Zmorge und ein Lunchpaket vor. Wenn er gegen 18 Uhr wieder heimkehrt, schläft er am Tisch fast ein vor Erschöpfung. Da möchte ich ihm nichts mehr zumuten. Und so bleibt fast

MITLEIDEN: Marianne Bertsch-Junger muss ihren Mann auffangen. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

alles an mir hängen: Einkäufe, Kochen, Putzen, Aufräumen, Waschen, Termine und so weiter. Doch diese undankbaren und unbezahlten Arbeiten sind weder meine besondere Stärke noch meine Leidenschaft. Mein eigenes berufliches Weiterkommen als Schriftstellerin und Englisch-Spezialistin kommt viel zu kurz. Und von meinem lieben Ehemann habe ich unter der Woche eigentlich kaum noch etwas.

«Undankbare und unbezahlte Büez bleibt an mir hängen.»
MARIANNE BERTSCH-JUNGER

DRINGEND. Und dann die Freizeit: Das letzte Auffahrtswochenende haben wir mit Ausschlafen und Aufräumen verbringen müssen. Die Weihnachtsfeiern haben wir sogar ganz weggelassen. Er hat den grössten Teil der Festtage durchgeschlafen, weil er zuvor drei Wochen lang halb krank gewesen war, aber nicht einen einzigen Tag gefehlt hatte. Ich habe ihn mehrmals ziehen lassen, obwohl es kaum mehr zu verantworten war. So kann es nicht weitergehen. Ich bin chronisch erschöpft. Und damit bin ich nicht allein! Was es am dringendsten braucht, ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verbesserung des beschämenden Lohnniveaus und endlich die Frühpensionierung mit 62 ohne Renteneinbusse. Den 7. Oktober habe ich mir deshalb in meiner Agenda fett angestrichen – alle nach Zürich!»

AUFGEZEICHNET VON JONAS KOMPOSCH

Am 21. Oktober entscheidet der Kongress über das Reformprojekt Unia 2.0

Gibt sich die Unia-Basis mehr Macht?

Weiter wie bisher? Oder kleine Anpassungen? Oder eine grosse Statutenreform? Der ausserordentliche Unia-Kongress stellt die Weichen für die Zukunft.

JONAS KOMPOSCH

Der Auftrag des ordentlichen Kongresses von 2021 ist klar: Die Unia soll sich weiter in Richtung einer interprofessionellen Gewerkschaft für alle entwickeln. Sie soll den Ressourceneinsatz verbessern. Und sie soll wachsen, bei den Arbeitenden bekannter werden und ihre Verankerung an den Arbeitsplätzen stärken. Über diese Ziele besteht Einigkeit. Hingegen ist die Frage noch nicht ganz geklärt, inwiefern die Unia-Strukturen hierzu ein Update brauchen.

Aufgrund des Kongressauftrags lancierte die Geschäftsleitung (GL) zusammen mit dem Zentralvorstand (ZV) einen Diskussionsprozess, in dem sich alle Gewerkschaftsgremien mehrmals äussern konnten. Auch sämtliche Mitglieder hatten Gelegenheit, sich in insgesamt rund dreissig Online-Meetings einzubringen (work berichtete: **rebrand.ly/reformprojekt).** Eingegangen sind dabei zahlreiche Vorschläge. Daraus wurden verschiedene Varianten für eine Statutenreform erarbeitet, die schliesslich vom ZV in Form von vier inhaltlichen «Reformpaketen» in eine formale Konsultation an die Regionen, Sektoren und Interessengruppen gegeben wurden.

Ein Update für die Strukturen der Unia.

Die finale Entscheidung darüber liegt beim (diesmal ausserordentlichen) Kongress, also dem obersten Organ der Unia. An diesem sind ausschliesslich die delegierten Basismitglieder stimmberechtigt. Am 21. Oktober werden somit über 300 Delegierte aus der ganzen Schweiz zuerst diskutieren und schliesslich abstimmen. Zur Auswahl steht ihnen jeweils eine «kleine» und eine «grosse» Reformvariante. Oder aber die Möglichkeit, alles beim Alten zu belassen. Und darum geht es konkret:

ZUKUNFT GESTALTEN: Die Delegierten entscheiden am Kongress, wie gross die Reformschritte zur Organisation der Unia ausfallen werden (Foto: Unia-Kongress 2022). FOTO: UNIA

Reformpaket I: Führungsgremien

Paket 1 betrifft die gewerkschaftlichen Führungsgremien, also die Delegiertenversammlung (DV), den ZV und das Gremium GL-RS (Geschäftsleitung mit Regiosekretärinnen und -sekretären). Dazu gehört beispielsweise die Frage, ob der ZV nicht mehr bloss «die erweiterte Exekutive der Unia» ist, sondern neu «das strategische Führungsorgan der Unia». Ebenso gilt es über die künftige Zusammensetzung des ZV zu entscheiden. Heute gibt es darin mehr Unia-Kader als Basismitglieder. Die «kleine Reform» sieht nun ein grösseres Mischgremium vor, in dem die Basis überwiegt. Die «grosse Reform» will sogar ein reines Basis-Gremium. Unia-Mitarbeitende wären damit nur noch beratend im ZV vertreten, also nicht mehr stimmberechtigt. Auch die Aufgaben des ZV können neu bestimmt werden. So schlagen beide Reformen vor, der ZV solle künftig Kampagnen beschliessen und strategische Ziele setzen können. Auch über die Lohnpolitik für die GL-Mitglieder soll er entscheiden können. Die Verabschiedung der allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Unia unter Berücksichtigung der Mitbestimmungsrechte des Personals soll dagegen nicht mehr beim ZV, sondern bei der GL-RS liegen. Philipp Müller, Präsidialsekretär der Unia, erklärt: «Die Reform sieht vor, dass sich der ZV stärker auf strategische Fragen konzentriert und sich nicht mit operativen Umsetzungsfragen aufhalten muss. Diese Verantwortung liegt bei der nationalen Geschäftsleitung und den Regioleitungen.»

Reformpaket II: GL und Sektoren

In Paket 2 weisen beide Reformvarianten der GL mehr personalpolitische Kompetenzen gegenüber den Regiosekretärinnen und -sekretären zu, also gegenüber den Leitenden der Regionen.

Die Strukturierung der Unia in verschiedene Sektoren (heute: Bau, Gewerbe, Dienstleistungen, Industrie) bleibt bestehen. Die «grosse» Reformvariante sieht die Beibehaltung von Sektoren vor, lässt aber die DV über die Sektoranzahl und die Brancheneinteilung entscheiden.

Reformpaket III: Regionen

Auf der Ebene der Unia-Regionen (aktuell 13) sollen die Milizgremien (Regio-DV und Regio-Vorstand) strategische Entscheide zu Kampagnen und gewerkschaftspolitischen Positionen fällen und die Regioleitung für deren Umsetzung zuständig sein. In den regionalen GL sollen daher nur noch professionelle Führungspersonen Einsitz nehmen. Sie müssen aber von einem regionalen Milizgremium ratifiziert werden. Die Idee ist auch hier die klare Trennung der Gremien: Die Zielsetzung ist Sache der Basis, die Umsetzung verantworten die Unia-Mitarbeitenden.

Reformpaket IV: Urabstimmung

Paket 4 will schliesslich die demokratischen Hürden für eine Urabstimmung senken. Heute kommt es zu einer schriftlichen Stimmabgabe der Gesamtmitgliedschaft, wenn dies nach einem Sachentscheid zwei Drittel des Kongresses (oder der DV) verlangen. Neu bräuchte es nur noch ein einfaches Mehr.

---

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Magnet-Schwebezug: Es wird heiss in Polen und Brandenburg

Mit 550 Kilometern pro Stunde durch Europa: Das soll ein Superzug aus Polen möglich machen. Kommt dieser Zukunftssprinter wirklich zum Fliegen? Und was bedeutet das für den Energieverbrauch?

Der niedersächsische Landkreis Emsland ist nordwestdeutsche Pampa. Hier läuft wirtschaftlich und gesellschaftlich verdammt wenig. Deshalb haben die beteiligten Unternehmen die Transrapid-Teststrecke im Emsland aufgestellt.

Der Transrapid wollte die Eisenbahn revolutionieren, weil die Züge neu auf Magnetkissen und ohne Kontakt zu den Schienen pfeilschnell durch die Landschaft sausen sollten. Die Magnetschwebebahn galt lange als der Zug der Zukunft. Doch alles wurde viel zu teuer. Und im Rahmen der technologischen Restenverwertung blieb nicht viel übrig, denn China kopierte die Technologie. Und lässt den Transrapid-Nachfolger seit Ende 2002 auch verkehren, aber nur auf der kurzen Strecke von Schanghai zum Flughafen und zurück.

Magnetschienengetriebene Kompositionen sieht auch das Projekt «Hyperloop» vor, sie sollen mit 1000 km/h durch Vakuumröhren sausen. Doch irgendwie kommt das ganze Projekt nicht voran, obwohl viele Hochschulen – darunter auch die ETH – mitmachen. Auch Unternehmer Elon Musk hat den Hyperloop längst aufgegeben.

Doch jetzt will das polnische Unternehmen Nevomo die Eisenbahn mit seinem Superzug «Magrail» revolutionieren.

Revolution 1: Sobald ein Zug die Geschwindigkeit von 70 Kilometern pro Stunde erreicht, beginnt er auf dem bestehenden, aber umgerüsteten Schienennetz zu schweben.

Revolution 2: Die Umrüstung des bestehenden Schienennetzes soll nur 5 Millionen Franken pro Kilometer kosten.

Revolution 3: Schwebende Züge machen weniger Lärm. Und es gibt auch keinen lästigen Abrieb der Räder.

Revolution 4: Der polnische Magrail soll also ruhig durch die Landschaft düsen und erst noch 35 Prozent schneller sein als traditionelle Züge.

Gibt es nur den Hauch einer Chance, dass das funktionieren wird? Wir wissen es nicht. Immerhin ist Frankreich mit seinem TGV mit im Boot. Gelingt die polnische Revolution, würden neu auch die TGV-Kompositionen mit 550 Kilometern pro Stunde durch die Landschaften sausen statt «nur» mit 300. Die Strecke Paris–Marseille könnten wir in zwei Stunden zurücklegen. Flugzeuge und Hyperloops hätten keine Chance mehr.

SCHNELLER ALS SCHNELL: Die polnische Firma Nevomo testet einen Zug, der bei einem Tempo über 70 km/h zu schweben beginnt. Voraussetzung ist eine Umrüstung des Schienennetzes. FOTO: NEVOMO

ES GEHT RASCH VORAN. Hohe Geschwindigkeiten bedeuten immer auch hohen Energieverbrauch. Doch das wird in Zukunft kein Problem mehr sein. Wegen dreier Entwicklungen:

Erstens haben sich die Preise für Solarmodule im letzten Jahr halbiert. Aber niemand freut sich.

Zweitens werden auch die Aufständerungen für Freiflächenanlagen immer günstiger und leichter zu montieren.

Und drittens geht das deutsche Fraunhofer-Forschungsinstitut in einer neuen Studie davon aus, dass die Batteriekosten pro gespeicherte Kilowattstunde innert fünf Jahren auf 50 Franken fallen werden.

Noch haben das alles zu viele Menschen nicht begriffen, wie das Abstimmungsresultat zum sogenannten Mantelerlass im Unterwallis und die Beratungen dazu im Bundeshaus gezeigt haben. Der Erlass wollte das Baubewilligungsverfahren beschleunigen. Das Oberwallis, wo grosse Solaranlagen geplant werden, sagte klar Ja. Das Unterwallis Nein.

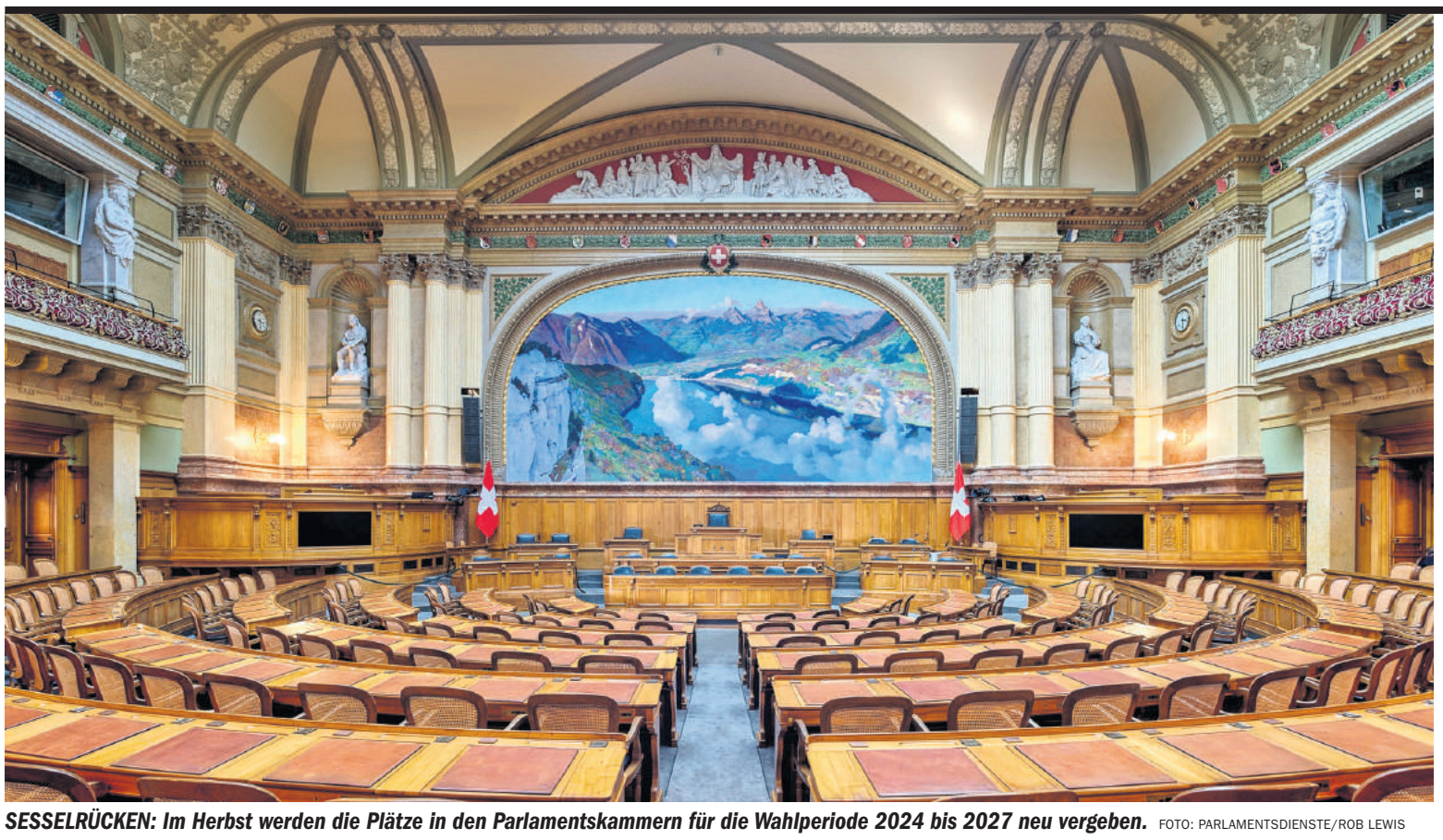
Es gibt keine Alpen in Brandenburg. Das deutsche Bundesland zeigt auf, dass es auch mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Flachland klappen kann.

Brandenburg will bis ins Jahr 2030 pro Einwohnerin und Einwohner 7 Kilowatt Solarleistung installieren. In der Schweiz leben 9 Millionen Menschen. Wenn wir vergleichbar schnell wie die Brandenburgerinnen und Bandenburger wären, würden wir 2030 mit 6,3 Gigawatt Leistung im Mittelland rund 70 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom produzieren können. Davon mehr als 20 Milliarden im Winter. Und nur darauf kommt es an.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/schnellzugvideo** Gehört die Zukunft schwebenden Zügen? Steigt Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler auf diesen Zug auf? Oder ist alles nur ein Ballon, der platzt wie viele vor ihm?
- **rebrand.ly/batterietechnik** Die Preise für Solarmodule sausen in den Keller. Die Preise für Batterien werden folgen. Faustregel: Pro installiertes Kilowatt Solarenergie braucht es sinnvollerweise, um den Tag-und-Nacht-Ausgleich sicherzustellen, 4 Kilowattstunden dezentrale Batteriekapazität.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**



SESSELRÜCKEN: Im Herbst werden die Plätze in den Parlamentskammern für die Wahlperiode 2024 bis 2027 neu vergeben. FOTO: PARLAMENTSDIENSTE/ROB LEWIS

Nationale Wahlen vom 22. Oktober

Lassen wir uns nicht verwirren!

Die Schweiz erhält ein neues Parlament. Ein besseres? Warum es wichtig ist, dass möglichst viele Stimmberechtigte auch wählen gehen.

CLEMENS STUDER

Das Aufatmen war hörbar, als vor vier Jahren die harte rechte Mehrheit im Nationalrat gebrochen wurde. Nach den Wahlen war das Parlament weiblicher und auch grüner. Doch die leisen und weniger leisen Befürchtungen, dass im neuen Parlament zwar die reaktionärsten gesellschaftspolitischen Vorstellungen keine Chancen mehr haben, sich in der sozialen Frage jedoch kaum bis nichts ändern würde, bestätigten sich rasch.

Mehrheiten winkten den Wunschzettel der vielen Wirtschaftslobbys durch.

Bei der Rentenpolitik schlugen sich die bürgerlichen Frauen unter Leitung der GLP-Wortführerinnen rasch in die marktradikalen Sozialabbau-Büsche, aus denen sie kommen.

RENTENABBAU

Die Erhöhung des Frauenrentenalters ging im letzten Herbst mit einem Mini-Ja durch die Volksabstimmung. Entscheidend waren – so zeigten es Nachwahlbefragungen – die Schalmeienklänge bürgerlicher Frauen: Wenn «die Gleichberechtigung» bei der AHV erreicht sei, werde dann bei den Pensionskassen besser für die Frauen geschaut. So versprachen sie es. Das war natürlich Unsinn. Ungeniert machte die bürgerliche Parlamentsmehrheit aus einem brauchbaren Kompromissvorschlag der Gewerkschaften und der Arbeitgeber eine milliardenteure Abbauvorlage. Alle sollen noch mehr bezahlen für noch weniger Pensionskassenrente – einzig die Profite der Finanzindustrie dürfen weiterwachsen.

STEUERGESCHENKE

Kaum gebremst durch die Pandemie-Jahre, sah sich die Parlamentsmehrheit beim Abarbeiten des Wunschzettels, den ihr die unterschiedlichsten Wirtschaftslobbys mitgegeben haben: Steuergeschenke an Konzerne und Superreiche beschloss sie in Serie. Nicht alle konnten die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien mit Referenden verhindern. Aber immerhin einige davon. Das ist nicht wenig in Zeiten, in denen auch die grossen Medien immer mehr nach rechts rutschen.

KAUFKRAFT-KRISE

Die Kaufkraft-Krise nimmt immer dramatischere Züge an. Selbst die obere Mittelschicht nimmt jetzt wahr, was Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen schon lange wissen: Mit der Einkommensverteilung in diesem Land stimmt definitiv etwas nicht. Die Reichen kennen keine Krise, die Rentnerinnen und Rentner und die Lohnabhängigen haben sie: stagnierende oder gar sinkende Reallöhne, massive Teuerung der Güter des täglichen Bedarfs, explodierende Krankenkassenprämien und Wohnungskosten. Den Rechten und Wirtschaftsliberalen fällt dazu immer das Gleiche ein: noch mehr Deregulieren, noch weniger Arbeitnehmerinnenschutz, noch weniger Mieterschutz.

Mit der Verteilung der Einkommen in diesem Land stimmt etwas definitiv nicht.

EINFACH MAL RECHNEN

Am 22. Oktober haben es die, die wählen dürfen, in der Hand, jene Kräfte im Parlament zu stärken, die sich tatsächlich für die Interessen der Mehrheit einsetzen. Nicht die schlechteste Empfehlung für den Wahlentscheid ist es, einfach mal zu rechnen, mit welchen Vorschlägen zur Minderung der Kaufkraft-Krise dem eigenen Haushalt am meisten gedient ist. Und welche der Kandidierenden sich dafür einsetzen. Damit wir am 22. Oktober nicht einfach aufatmen, weil es nicht schlimmer gekommen ist. Sondern durchatmen, weil es besser kommen könnte.

Trau, schau, wem: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen

Die vergangenen vier Jahre haben es wieder deutlich gezeigt: Die rechten und bürgerlichen Parteien sind durchsetzt mit Lobbyisten. Konzerne und Grossfirmen lassen sie sich viel Geld kosten. Direkt für die Politikerinnen und Politiker. Und indirekt durch die Finanzierung der rechten und bürgerlichen Parteien. Darum kommen Krankenkassen und Pharmaindustrie so gut weg – und die Versicherten leiden. Darum formulieren Banken und Versicherungen die Gesetze, die sie betreffen, gleich selber. Und wenn eine Bank sich in den Untergang misswirtschaftet, schnürt die Finanzindustrie das Rettungspaket unter dem Einsatz von Milliarden Volksvermögen gleich selber. Bei diesen nationalen Wahlen gibt es zum ersten Mal wenigstens ein bisschen Transparenz: **rebrand.ly/efk-liste.**

Die rechten und bürgerlichen Parteien sind durchsetzt mit Lobbyisten.

Bei Lohngleichheit, Arbeitsgesetz, flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU, sicheren und fairen Renten und Schutz der Mieterinnen und Mieter arbeiten die rechten Parteien auf Abbruch – und die paar selbsternannten «SP-Reformer» sind unsichere Kantonisten. Darum wählen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen am besten engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Sicher ist sicher.

KANDIDIERENDE. Auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unia treten für den Nationalrat an und haben die Geschäftsleitung über ihre Kandidatur informiert (Stand am 20. September, nach Kantonen): **Genf:** Jean Burgermeister und Audrey Schmid (beide Liste Ensemble à Gauche – Liste d'Union populaire); **Neuenburg:** Martine Docourt (SP), Solenn Ochsner (Solidarités); **Solothurn:** Elif Yüce (Juso); **St. Gallen:** Florian Kobler (SP); **Thurgau:** Lukas Auer (SP). (cs)

Bewährt: Diese Unia-Mitglieder treten wieder an

Im aktuellen Parlament politisieren Unia-Mitglieder, die wieder antreten. Ihre Wiederwahl ist wichtig. Es sind dies nach Kantonen: **Aargau:** Irène Kälin (Grüne), Cédric Wermuth (SP); **Basel:** Sibel Arslan (Grüne); **Bern:** Tamara Funiciello (SP), Natalie Imboden (Grüne); **Graubünden:** Jon Pult (SP); Jura: Pierre-Alain Fridez (SP); **Neuenburg:** Baptiste Hurni (SP), Denis de la Reussille (PdA/Sol); **St. Gallen:** Barbara Gysi (SP); **Waadt:** Pierre-Yves Maillard (SP), Samuel Bendahan (SP); **Wallis:** Mathias Reynard (SP); **Zürich:** Jacqueline Badran (SP), Mattea Meyer (SP), Fabian Molina (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne). (cs)

ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura in Philadelphia

Ich war Ende August am Kongress der UNI Global Union in Philadelphia, USA. Die UNI ist ein globaler Gewerkschaftsbund mit Mitgliedern aus 150 Ländern. Ihr Ziel: kollektive Gesamtarbeitsverträge und soziale wie auch wirtschaftliche Gerechtigkeit. Alle vier Jahre treffen sich die Gewerkschaften zu einem Weltkongress. Die UNI hat die Sitzungen in drei Themenblöcke unterteilt: Finanzen, Frauen und Gewerkschaft im Allgemeinen. Die Finanzen habe ich nicht be-

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

sucht. Mich um meine eigene schwierige Finanzlage zu kümmern reicht mir völlig aus. Ich habe an der Sitzung der Women UNI Global und der Gewerkschaft teilgenommen.

HINDERNISSE. Der Frauenkongress mit über 400 Genossinnen hat mich tief berührt. Die Reden der Gewerkschafterinnen aus über 70 Ländern waren beeindruckend und lehrreich. Die Liste der gemeinsamen Schwierigkeiten ist lang. Und doch: Die politische Ausgangslage ist in jedem Land eine andere, und so unterscheiden sich auch die Hindernisse für die Frauen im Alltag und am Arbeitsplatz. Beunruhigend waren die Berichte über die vielerorts erstarkten rechten Regierungen und Parteien, die die Grundrechte der Frauen massiv angreifen. Ermutigend waren aber die Stärke und der Mut der Genossinnen, die Dinge in die Hand zu nehmen und zu ändern.

Wir Frauen erheben uns jeden Tag und überall!

WÜRDE. «Women rising together» war das Motto, Frauen erheben sich gemeinsam. Und wir haben uns erhoben. Wir Frauen erheben uns jeden Tag überall auf der Welt: für Gleichstellung, Respekt und für unsere physische und psychische Gesundheit, im Privatleben und auch am Arbeitsplatz. Dafür, dass wir uns entfalten können, so, wie wir sind. Dass wir in Sicherheit und Würde altern können. Dass wir uns mit Programmen und Schulungen innerhalb der Gewerkschaft weiterbilden können. Wir erheben uns, um uns gegenseitig zu unterstützen, auszutauschen und uns zu stärken. Um uns zu schützen. Um zu kämpfen. Gegen Femizide, gegen Ausbeutung, gegen Diskriminierung.

FRAUENSTREIK. Patricia Nyman aus Südafrika war von 2018 bis 2023 Präsidentin der UNI Women. Eine beeindruckende und mutige Frau. Am Rande

FOTO: ZVG

MUT! Patricia Nyman (r.), UNI-Women-Präsidentin 2018 bis 2023, und Laura Gonzalez Martinez.

der Veranstaltung sprach ich kurz mit ihr. Sie hat den Frauenstreik in der Schweiz in den sozialen Medien aufmerksam mitverfolgt und ist begeistert, dass so viele Frauen auf der Strasse waren. Aber sie betonte auch, dass es noch viel zu tun gibt. Recht hat sie. Wir machen weiter und erheben uns gemeinsam. Jeden Tag mit viel Mut. Ein Satz von Patricia in einer ihren Reden hat sich mir tief eingeprägt: «Wir sind die Stimme für all diejenigen, die keine Stimme haben. Solidarität für alle!»

Klimakrise

Die Supererben besteuern

Die Superreichen sollen für die Bewältigung der Klimakrise bezahlen. Denn sie sind überproportional dafür verantwortlich. Das will eine Juso-Initiative.

CLEMENS STUDER

Je reicher, desto klimaschädlicher. Das gilt nicht nur im globalen Massstab zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Das gilt auch ganz konkret in der Schweiz. Die Reichen und Superreichen schädigen das Klima um ein Vielfaches mehr als die Gering- und Mittelverdienenden. Das zeigt eine aktuelle Studie (work berichtete: **www.rebrand.ly/armesklima).** Bei den reichsten 5 Prozent hat der durchschnittliche CO_2-Ausstoss seit 1990 von 56 Tonnen auf 76 Tonnen pro Jahr zugenommen – um mehr als einen Drittel innert 30 Jahren. Die ärmsten 5 Prozent dagegen haben in der gleichen Zeit ihre Emissionen um 25 Prozent reduziert.

Erbschaften ab 50 Millionen Franken sind zu 50 Prozent zu besteuern.

Klimapolitik ist Klassenpolitik. Darum sollen auch jene am meisten an die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels bezahlen, die ihn hauptsächlich verursachen. Als ein Mittel dazu schlagen die Juso vor, Erbschaften ab 50 Millionen Franken zu 50 Prozent zu besteuern und das Geld für den ökosozialen Umbau zu verwenden. Sie haben dazu die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» gestartet. Diesem work liegt ein Unterschriftenbogen bei. Wer lieber online unterschreibt, kann das hier tun: **www.zukunft-initiative.ch.**

Referendum nötig

Immo-Haie immer gieriger

Die Lobby der Immobilienkonzerne gehört zu den einflussreichsten im Bundesparlament. Und sie hat sich einmal mehr dreist durchgesetzt: Auch der Ständerat hat zwei Vorlagen zugestimmt, die den Mieterschutz in der Schweiz schwächen und zu noch höheren Mieten führen werden. Die Absicht der Immobilienhaie: zuerst einfacher langjährige Mieterinnen aus den Wohnungen vertreiben, indem der Kündigungsschutz geschwächt wird, und danach durch erleichterte Verfahren die Mietzinse deutlich erhöhen. Durch diese Änderungen könnten die Immo-Konzerne nämlich Mietpreiserhöhungen noch leichter und schneller durchsetzen. Dabei haben Mieter in den letzten 15 Jahren bereits 78 Milliarden zu viel bezahlt, weil die geltenden Gesetze nicht korrekt umgesetzt werden. Die fortschrittlichen Parteien und der Mieterinnen- und Mieterverband bereiten das Referendum vor. Hier kann es bereits unterstützt werden: **www.mietrechts-angriff-nein.ch.** (cs)

SCHNITT! Immobilienkonzerne gieren nach noch mehr Rendite. CARTOON: CATPRINT MEDIA GMBH

Schweiz haftet faktisch für Monsterbank, die ihr nicht gehört

Jetzt wird die Verstaatlichung der UBS populär

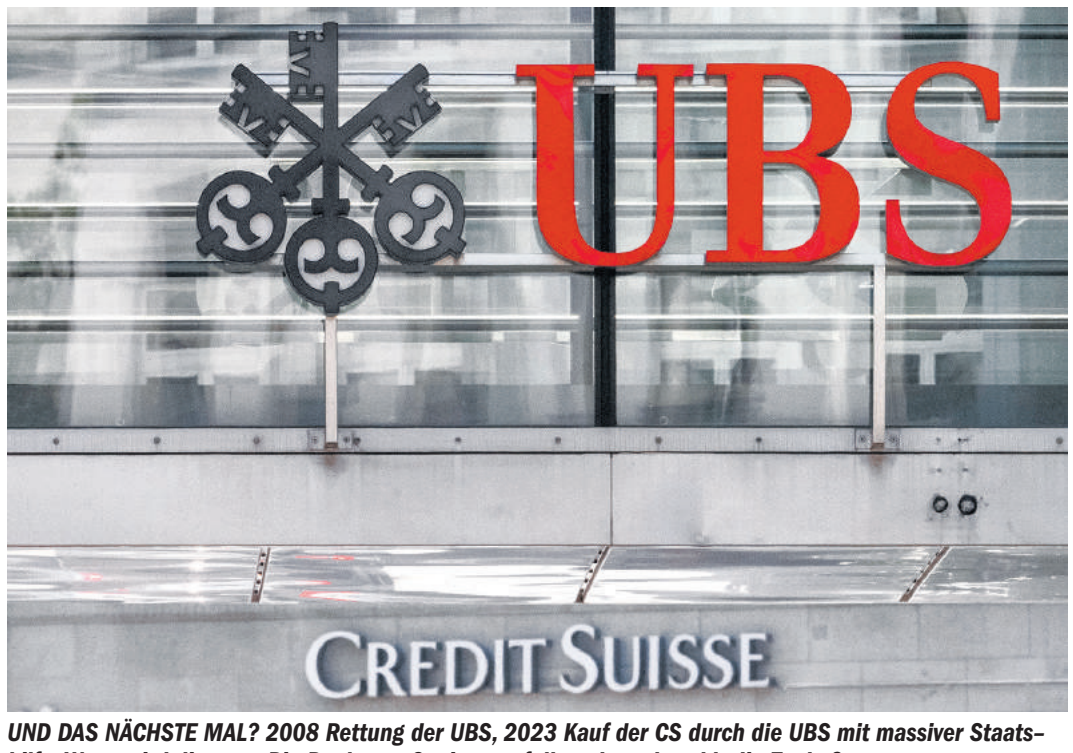
Die UBS ist nach Übernahme der Credit Suisse ein gigantisches Risiko für die Schweiz. Eine Verstaatlichung könnte dieses entschärfen. Die Diskussionen laufen.

CLEMENS STUDER

In der letzten work-Ausgabe brachte es die Rosa Zukunft auf den Punkt: «Bund und Nationalbank haften bei der nächsten Krise zusammen mit 500 Milliarden für die New-Ermotti-Bank. Spätestens in 15 Jahren. Unglaublich, aber wahr: Bürgen ist würgen. Wir Schweizerinnen und Schweizer bürgen für eine faktische Staatsbank, die vorab Ausländern gehört.» Und: «Man müsste jetzt die UBS verstaatlichen, weil man sowieso für sie haftet. Würde eine Verstaatlichung die 30 000 Jobs zurückbringen, die verloren gehen? Wohl kaum. Eine Verstaatlichung hätte dennoch viele Vorteile: 1. Neu dürfte es keine Boni mehr geben. Sie schaffen falsche Anreize. 2. Der Staat als Alleinaktionär könnte und müsste den Stellenabbau sozialverträglicher gestalten. 3. Eine verstaatlichte UBS müsste die Bank der KMU sein und könnte als ‹Greenbank› den ökologischen Umbau voranbringen.»

Der Unmut über die zweite Bankenrettung gärt in der Bevölkerung.

Wie eine Vergemeinschaftung der UBS locker finanziert werden könnte und die ganze Kolumne gibt's hier zu lesen: **www.rebrand.ly/rosa-ubs.**



UND DAS NÄCHSTE MAL? 2008 Rettung der UBS, 2023 Kauf der CS durch die UBS mit massiver Staatshilfe. Wann wird die neue Big Bank zum Sanierungsfall, und wer bezahlt die Zeche? FOTO: KEYSTONE

VOLKSINITIATIVE?

Einen anderen Verstaatlichungsansatz verfolgt der Zürcher Bernhard Schmidt. Er ist regional als Wachstumskritiker und Gegner einer Tramverlängerung im Limmattal bekannt. Und er hat einen Initiativtext bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereicht, wie die «Sonntagszeitung» (SoZ) als erste berichtete. Für Schmidt sind «Grossbanken von systemrelevanter Dimension als gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaften zu führen, wobei der Bund bezüglich Aktienkapital Mehrheitsträger ist». Der SoZ sagte Schmidt: «Das Volk muss jetzt die Zügel selbst in die Hand nehmen.» Nach dem CS-Untergang habe die Politik keinen seriösen Plan, wie es weitergehen soll. «Vielmehr baut man auf Notrecht, produziert viel Zufälliges und Widersprüchliches. Alles wird beschönigt.»

Das Problem bei der aktuellen Formulierung seiner Initiative (nachzulesen auf **www.bankeninitiative.ch):** Damit würde etwa auch die systemrelevante Zürcher Kantonalbank erfasst, die sich allerdings bereits im Besitz der öffentlichen Hand – des Kantons Zürich – befindet. Sie in Bundesbesitz zu übertragen würde wenig Sinn ergeben. Ebenso wenig wie im Fall der ebenfalls als systemrelevant eingestuften, als Genossenschaft organisierten Raiffeisenbank. Wie work weiss, laufen unterdessen Gespräche über die konkrete Formulierung des Initiativtextes.

MINDER II?

Die Unmut über die zweite Bankenrettung innert weniger Jahre gärt in der Bevölkerung. Die Situation erinnert an die Diskussion über die Abzockerexzesse in den nuller Jahren. Damals begann der politische Aufstieg des Schaffhauser KMUlers Thomas Minder. Mit seiner Abzockerinitiative traf er den Nerv der Zeit. An den zögerlichen Parteien vorbei. Und nicht ganz durchdacht formuliert. Und darum ist gekommen, wovor die Gewerkschaften seinerzeit gewarnt hatten. Die Abzockerinitiative, die im Jahr 2013 angenommen wurde, war eine Täuschung, um die Bevölkerung ruhigzustellen. Die Toplöhne sind unmittelbar nach der Abstimmung wieder steil gestiegen. Heute gibt es deutlich mehr als 4000 Lohnmillionäre. Das ist fast dreimal mehr als vor 20 Jahren. Das Problem der Lohnschere ist ungelöst. Und Initiant Minder sitzt in der SVP-Fraktion des Nationalrates.

DISKUSSION HILFT

Einer, der die UBS schon vor der CS-Übernahme verstaatlichen wollte, ist SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Das war 2008, als Wermuth Juso-Präsident war und die UBS vom Staat gerettet werden musste. Zur aktuellen Diskussion sagt er: «Ich begrüsse alle Bestrebungen, die dazu führen können, das UBS-Risiko für die Schweiz zu verkleinern. Die Initiativ-Idee hilft, die enorme Gefahr, die von der Monsterbank für das Land ausgeht, in der Diskussion zu halten. Denn die bürgerlichen Parteien möchten das Thema am liebsten totschweigen.»

Die neue CGT-Chefin über Macron, Armut und Massenproteste

So will Binet Frankreich umkrempeln

Sie ist die erste Frau an der Spitze der französischen Gewerkschaft CGT. work traf Sophie Binet bei ihrem Blitzbesuch in Lausanne.

IWAN SCHAUWECKER

Sophie Binet (41) wurde im April dieses Jahres zur Vorsitzenden der zweitgrössten französischen Gewerkschaft, der CGT, gewählt. Als erste Frau an der Spitze der Organisation steht sie für die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Mit ihrer feministischen und ökologischen Agenda will sie die französische Gesellschaft aus der neoliberalen und autoritären Abwärtsspirale befreien. Etwa 150 Menschen wollten in Lausanne mehr über Binets Plan erfahren.

INTERNATIONAL: CGT-Chefin Sophie Binet und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard wollen die Zusammenarbeit verstärken. FOTO: O.VOGELSANG

FRANKREICH AM ABGRUND

Binet war auf Einladung des SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard am 22. September zu Gast in der Maison du Peuple in Lausanne. In ihrer Rede liess Binet keinen Zweifel an der dramatischen politischen Situation in Frankreich. Unter Präsident Emmanuel Macron befinde sich das Land in einem dreifachen Notstand: sozial, ökologisch und vor allem demokratisch. Ein Drittel aller Französinnen und Franzosen könnten sich inzwischen keine drei Mahlzeiten pro Tag mehr leisten. Gleichzeitig sei Frankreich Europameister bei den Dividendenzahlungen ans Aktionariat. Die staatliche Gewalt habe in Frankreich ein neues, ungekanntes Niveau erreicht (work berichtete: **rebrand.ly/fesseln-fuer-klimabewegte).**

Frankreich befinde sich aber nicht nur wegen der Polizeigewalt in einer gravierenden demokratischen Krise. Die Rechtsextremen seien inzwischen die wichtigsten Alliierten von Emmanuel Macron, was sich insbesondere auch bei den Medien zeige. So wurde das «Journal du Dimanche» kürzlich vom Rechtsaussen-Milliardär Vincent Bolloré übernommen und fast die ganze Zeitungsredaktion ausgewechselt.

AUFBRUCH

Die Streikaktionen und Massenproteste gegen die Rentenreform im Frühjahr hätten die Erhöhung des Rentenalters zwar nicht verhindern können, aber die gewerkschaftliche Bewegung sei seither deutlich gestärkt. Seit Anfang des Jahres hätten sich 150 000 Menschen in Frankreich einer Gewerkschaft angeschlossen. Im Gespräch mit work zeigt sich Binet auch hoffnungsvoll über die Entwicklung bei der CGT: «Seit ich dabei bin, konnten wir den Frauenanteil bei der CGT von 35 Prozent auf 40 Prozent steigern.» Zudem würden auf allen Ebenen feministische Kollektive aufgebaut. Gerade die Frauenstreiks in der Schweiz hätten sie in dieser Hinsicht sehr inspiriert. Mit SGB-Chef Maillard habe sie auch die Zusammenarbeit bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern, beim Service public und beim Umgang mit multinationalen Unternehmen besprochen.

Seit Anfang dieses Jahres verzeichnen Frankreichs Gewerkschaften bereits 150 000 Neuzugänge.

workkommentar
Jonas Komposch

Die Demo (nicht) in den Medien:

SRF hofiert Arbeitgeber

Es war der grösste Volksaufmarsch in der Hauptstadt seit dem letzten Frauenstreik: Rund 20 000 Menschen beteiligten sich an der Kaufkraft-Demo. Trotzdem – oder gerade deshalb – war dies vielen Medien höchstens eine Randnotiz wert. Im «Blick» etwa erschien eine Mini-Meldung, «20 Minuten» brachte nur online ein paar Sätze, und die NZZ berichtete überhaupt nicht. Anders, aber nicht weniger fragwürdig,

***ARBEITGEBER-TV:** Zur Demo der Lohnabhängigen bekam der Arbeitgeberchef bei SRF am meisten Sendezeit.* FOTO: SCREENSHOT

verfuhr die «Tagesschau» von SRF. Im gerade mal 149 Sekunden kurzen Beitrag kamen zu Wort: ein demonstrierender

Die Westschweizer SRG-Journis kuschen weniger vor Bossen.

Schreiner (1 Satz, 7 Sekunden), eine demonstrierende Pflegerin (1 Satz, 6 Sekunden) sowie Unia-Präsidentin Vania Alleva (1 Satz, 13 Sekunden). Das war der «Tagesschau» schon mehr als genug. Nun musste dringend eine Gegenstimme her – ganz nach dem absurden SRF-Credo der «Ausgewogenheit».

***45 SEKUNDEN.** Also klopfte man bei Roland A. Müller an, dem Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Dieser sagte freilich zu – und er sagte viel. Denn dem Herrn Direktor gewährte SRF grosszügig Redezeit. Während exakt 45 Sekunden durfte Müller dem Fernsehpublikum erklären, warum die gewerkschaftlichen Lohnforderungen «deutlich zu hoch» seien und wie «auch die Arbeitgeber leiden». 45 Sekunden – das entspricht der doppelten Redezeit, die SRF den Demonstrierenden gewährte, also den Protagonistinnen und Protagonisten des Tages! Mit solcher Pseudo-Objektivität fährt SRF einen bedenklich rechtslastigen Sonderkurs. Das zeigen übrigens die eigenen Schwesterhäuser: So kam Müller auch im Tessiner RSI zu Wort, aber nicht länger als die Gewerkschaften. Und im Westschweizer RTS gab's statt einer plumpen Gegenüberstellung von Arbeitgeber-Parolen einen intelligenten Kommentar der Bundeshaus-Korrespondentin.*

Die Kaufkraft-Kundgebung der Gewerkschaften war ein grosser Erfolg

Rauf mit Löhnen und Renten, runter mit den Prämien!

20 000 Menschen setzten am 16. September auf Berns Strassen ein deutliches Zeichen gegen die Kaufkraft-Krise, unter der die Mehrheit in diesem Land wegen Arbeitgeber-Ideologen und bürgerlicher Parlamentsmehrheit leidet. Gut gelaunt und kämpferisch traten sie ein für höhere Reallöhne. Für den vollen Teuerungsausgleich auf Löhnen und Renten. Und für mehr Prämienverbilligungen.

FOTO: LUCAS DUBUIS / MANU FRIEDRICH

AHV: Das geniale Sozialwerk muss gestärkt werden

Nach der Kaufkraft-Demo war vor der «Stunde der Rentner:innen»: Am 25. September versammelten sich über 1000 Seniorinnen und Senioren auf dem Berner Waisenhausplatz. Sie feierten das 75-Jahr-Jubiläum der AHV und protestierten dagegen, dass der entsprechende Verfassungsauftrag immer weniger befolgt wird.

STABIL. Der besagt nämlich, dass die AHV die Existenz im Alter sichern soll. Davon sind die aktuellen Renten weit entfernt. Dabei ist die AHV das wichtigste Sozialwerk im Land. Dank ihrer solidarischen Finanzierung im preisgünstigen Umlageverfahren ist sie stabil und sicher. Im Unterschied zu den Pensionskassen, bei denen es für immer mehr Beiträge immer weniger Renten gibt – und nicht einmal ein Teuerungsausgleich obligatorisch ist. Darum muss die AHV gestärkt werden, zum Beispiel mit einer dreizehnten Rente. (cs)

20 Jahre bei Metalor:

Unia-Mann Blösch prüft Gold & Co.

PEKO-PRÄSIDENT: Raphaël Blösch ist eidgenössisch diplomierter Edelmetallprüfer. FOTO: ZVG

Jeden Tag hält Raphaël Blösch (41) Gold und Silber in den Händen. Und prüft Reinheit und Qualität der Edelmetalle.

IWAN SCHAUWECKER

Auf dem Weg zu den Schmelzkammern und den Labors sind Körperscans und Kontrollen von persönlichen Gegenständen für die Arbeiterinnen und Arbeiter ein tägliches Ritual. So auch für Chemielaborant Raphaël Blösch (41). Er arbeitet seit 20 Jahren bei Metalor in Marin NE. work trifft ihn in der firmeneigenen Kantine, wo auf jedem Tisch ein Desinfektionsmittel steht, Sinnbild für die Sauberkeit und die penible Ordnung in der Fabrik.

Auf dem Gelände arbeiten insgesamt 300 Personen: 230 Arbeiter in der Produktion, also bei den Schmelzöfen, in der Veredelung, in den Labors und in der Logistik. Es sind fast ausschliesslich Männer. Bei Metalor wird in ein bis zwei Schichten während 6 Tagen in der Woche Edelmetall produziert. 70 weitere Personen arbeiten in der Administration und im Management.

WIE EINE ZWEITE FAMILIE

Blösch ist eidgenössisch diplomierter Edelmetallprüfer und analysiert im Labor die Qualität und Reinheit von Gold, Silber, Platin und Palladium. Er sagt zu work: «Wir haben eine gute Diskussionskultur und helfen uns gegenseitig hier bei Metalor.» Der Betrieb in Marin sei wie eine zweite Familie für ihn. Seit der Übernahme der Raffinerie durch den japanischen Tanaka-Konzern im Jahr 2016 würde sehr viel in den Standort investiert, insbesondere auch in den Ausbau und die Sicherheit der Anlagen. Das sei auch wichtig, denn die Arbeit mit Chemikalien und Schmelzöfen mit Temperaturen bis zu 1500 Grad sei gefährlich.

Die neuen japanischen Eigentümer investieren.

Blösch ist Unia-Mitglied und Präsident der Personalkommission. Sein Engagement in der Personalkommission sieht er als Beitrag für die Schwächeren im Betrieb. «Wir konnten mit der Unterstützung der Unia einen fortschrittlichen Firmen-GAV mit Mindestlöhnen, Weiterbildungen und 10 Tagen Vaterschaftsurlaub aushandeln.»

FIRMEN-GAV BRAUCHT TUNING

Etwas kritischer beurteilt Silvia Locatelli, Regionalsekretärin der Unia Neuenburg, den GAV von Metalor. Sie sagt zu work: «Der Vertrag ist historisch gewachsen. Er braucht jetzt sicherlich Anpassungen an die Entwicklungen unserer Gesellschaft.»

Zum Beispiel bei den Löhnen und bei der Arbeitszeit. Gemeinsam mit der Personalvertretung möchte Locatelli den GAV im Rahmen der nächsten Lohnverhandlungen weiterentwickeln.

Über die Hälfte des weltweiten Goldes fliesst durch die Schweiz. In den Raffinerien löst sich seine oft unklare Herkunft in heisse Luft auf.

Es ist alles Gold, was glänzt – auch das dreckige

Im Goldhandel ist die Schweiz eine Weltmacht. Im Jahr 2022 importierte sie 2400 Tonnen Gold im Wert von fast 100 Milliarden Franken. Doch woher kommt das Gold, und wohin gehen die Barren? work hat sich in die Tiefen der Schweizer Goldproduktion gewagt.

IWAN SCHAUWECKER

In der Nacht vom 7. Mai 2023 brach in der Mine Yanaquihua im Süden Perus ein Grossbrand aus. Für 27 Goldgräber wurde die Mine zur Todesfalle. Sie erstickten im Bergwerkstollen 100 Meter unter der Erde. Bald war das Unglück auch im mehr als 10 000 Kilometer entfernten Marin NE bekannt, dem Hauptsitz der Goldraffinerie Metalor. Denn der Konzern importiert Gold aus der Mine von Yanaquihua. Die Fabrik in der Industriezone von Marin liegt hinter Stacheldraht und ist nur über mehrere Sicherheitsschleusen erreichbar. Die Goldbarren und die 300 spezialisierten Arbeiterinnen und Arbeiter sind hier gut bewacht. Sie schmelzen Gold, Silber, Platin und Palladium, kontrollieren die Qualität und kümmern sich um die Logistik des wertvollen Edelmetalls. Ein Kilo Gold wird derzeit für über 55 000 Franken gehandelt.

METALOR-DIREKTOR: Thomas Wenger. FOTO: ZVG

KEIN GOLD AUS DUBAI

Der Direktor des Metalor-Standorts Marin, Thomas Wenger (49), zeigt sich im Gespräch mit work bestürzt über den Unfall in Peru. Er sagt: «Nach einem solchen Unfall muss ich mich auch gegenüber meiner Familie rechtfertigen. Sie fragen: Wie konnte das passieren?» Wenger weist jedoch jegliche Verantwortung am Minenunglück von sich: «Die Mine befindet sich klar ausserhalb unseres Verantwortungsbereichs. Wir müssen die Ergebnisse der Untersuchung in Peru abwarten und dann unsere Schlussfolgerungen ziehen.»

HERKUNFT SCHMILZT WEG

Wenger betont die Anstrengungen von Metalor, sowohl bei den Zulieferern als auch im Werk in Marin für möglichst hohe Sicherheitsstandards zu sorgen und bei der Herkunft des Goldes strenge Kriterien anzuwenden. Metalor sei vorsichtig bei der Wahl seiner Zulieferer. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine werde kein Gold russischer Herkunft mehr geschmolzen. Auch aus Dubai werde in Marin seit Jahrzehnten kein Gold mehr verarbeitet, da das Land wegen des Handels mit Gold aus Konfliktregionen und wegen Goldwäscherei in der Kritik stehe. Wenger: «Sobald das Gold eingeschmolzen ist, können wir die Herkunft des Goldes nicht mehr bestimmen. Bei Gold aus Dubai sind die Risiken da deutlich zu gross für uns.»

Metalor beteiligt sich an der «Swiss Better Gold Initiative». Diese will die Arbeits- und Lebensbedingungen von Kleingoldschürferinnen und -schürfern in 23 Minen in Peru und Kolumbien verbessern. Die Initiative wird vom Schweizerischen Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit sechs Millionen Franken unterstützt. Wie das Seco schreibt, haben die Fördermengen und die Nachfrage nach dem «fairen Gold» in den letzten Jahren zugenommen. Kleingoldschürfer, die häufig unter besonders gefährlichen und umweltschädlichen Bedingungen arbeiten müssen, würden von der Initiative und dem Geld profitieren. Das sieht Goldhandelexperte Christoph Wiedmer kritischer. Er ist Co-Geschäftsleiter der Nonprofitorganisation «Gesellschaft für bedrohte Völker» (GfbV), die mit dem Programm «No dirty Gold!» auf die schädlichen Auswirkungen des Schweizer Goldhandels aufmerksam macht. Wiedmer relativiert die Bedeutung der «Swiss Better Gold Initiative»: «Im Jahr 2022 wurden etwa vier Tonnen Gold unter dem Label importiert. Das ist nicht mal ein Prozent des gesamten importierten Goldes. Die ganze Industrie bleibt sehr problematisch.» Der Unfall in Peru ist für ihn ein Signal, dass Verbesserungen auf freiwilliger Basis nicht ausreichen. Er sagt: «Die Schweiz braucht dringend ein Konzernverantwortungsgesetz mit unabhängigen Kontrollen, um das Risiko solcher Katastrophen wie in Yanaquihua zu mindern.» Und nicht nur bei der Konzernverantwortung hinke die Schweizer Gesetzgebung den Standards der Europäischen Union hinterher. Der Bund arbeitet an einer Totalrevision des Zollgesetzes, das auch den Handel mit Gold neu regeln soll. Doch das Gesetz ist umstritten, und die Beratung im Parlament verzögert sich seit vielen Jahren.

SCHLECHT GESICHERT: In dieser Mine brach im vergangenen Mai ein Grossbrand aus. 27 Goldgräber starben. Sie schürften Gold für den Export in die Schweiz. FOTO: KEYSTONE

GUT GESICHERT: Der Standort des Goldkonzerns Metalor im neuenburgischen Marin. FOTO: ZVG

ZERTIFIZIERT, ABER NICHT SICHER

Obwohl in der Mine Yanaquihua in Peru eine Zertifizierungsfirma Kontrollen durchgeführt hat, waren die Sicherheitsvorkehrungen in der Mine offenbar nicht ausreichend, um die Bergarbeiter im Brandfall zu schützen. Immerhin haben die Angehörigen der 27 Opfer des Brandes inzwischen von der Unfall- und Todesfallversicherung eine Entschädigung erhalten: eine 32monatige Lohnfortzahlung und eine Witwenrente. Der betroffene Bergwerksstollen bleibt auf unbestimmte Zeit stillgelegt. Das Gold für die «Swiss Better Gold Initiative» wird jetzt aus einem anderen Stollen aus Yanaquihua und den 22 weiteren zertifizierten Minen in die Schweiz importiert. Im Jahr 2023 waren es bisher 1700 Kilogramm, die bei den Goldkäuferinnen und -käufern für ein besseres Gewissen gesorgt haben. Doch für die meisten der weltweit etwa 40 Millionen Menschen, die im Goldbergbau arbeiten, bleibt die tägliche Arbeit beschwerlich und oft auch lebensgefährlich.

Immerhin: Eine Versicherung zahlt im Todesfall.

Schweiz: Stark im Goldgeschäft dank schwacher Kontrollen

Der Schweizer Goldhandel hat eine unrühmliche Geschichte: Schweizer Banken kauften und lagerten im Zweiten Weltkrieg Nazi-Raubgold. In den 1980er Jahren konnte das Apartheidregime in Südafrika mit dem Goldverkauf und der Hilfe von Schweizer Banken internationale Sanktionen umgehen. Bis heute wird die Schweiz wegen ihrer Goldgeschäfte kritisiert. Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte schrieb 2023 in einem 13seitigen Brief an die Schweizer Regierung: «Die Schweiz verfügt nicht über ein angemessenes System der Rückverfolgbarkeit und Transparenz, welches die Raffinerien dazu verpflichten würde, zu erfahren, wo und wie das Gold abgebaut wurde.» Diese Lücke kann von kriminellen Organisationen ausgenutzt werden, um Gold in den Weltmarkt einzuschleusen.

MEHR ALS DIE HÄLFTE. Mehr Transparenz und Kontrolle wären angesichts der Grösse des Schweizer Goldhandelsplatzes dringend nötig: Denn vier der neun grössten Goldraffinerien der Welt befinden sich in der Schweiz. Gemeinsam verarbeiten sie über die Hälfte des weltweit gehandelten Goldes. Ein Grossteil des Goldes wird nach Asien exportiert, aber mit den Banken und der Uhrenindustrie gibt es auch im Inland zahlreiche Abnehmerinnen. Die Goldraffinerien profitieren von der schwachen Regulierung der Branche und vom Schweizer Finanzplatz. In Zeiten von Inflation und politischer Unsicherheit wollen Anlegerinnen und Anleger mit dem Kauf und der Lagerung von Gold in der Schweiz auf Nummer sicher gehen.

BARREN, RINGE UND HALBLEITER. In der Schweiz arbeiten insgesamt etwa 1500 Personen in der Edelmetallindustrie. Die vier grossen Goldraffinerien sind Argor Heraeus, Valcambi und Pamp im Tessin und Metalor in Neuenburg. In diesen Goldraffinerien entstehen verschiedene Produkte, in erster Linie für die Finanzbranche. Darunter sind Münzen, bis zu 12,4 Kilogramm schwere Goldbarren für die Zentralbanken oder 100 Gramm leichte Goldplatten zur physischen Hinterlegung der Gold-Anlagefonds von Geschäftsbanken.
Die Raffinerien produzieren aber auch viele Komponenten für die Industrie, so zum Beispiel Goldstäbe und Goldringe für die Uhren- und Schmuckhersteller oder Halbleiter für die Elektronikbranche. In jedem Handy und jedem Laptop stecken bis zu 220 Milligramm Gold. Die Rohstoffe für die Goldverarbeitung importieren die Raffinerien heute meist selbst und ohne Umweg über die Grossbanken, in deren Besitz die Raffinerien einst standen. Argor Heraeus gehörte früher der Bankgesellschaft, Metalor dem Bankverein und Valcambi der Kreditanstalt.

Auch bei Edelmetall: Die Schweiz wäscht weisser

Schweigen ist Gold

Die Schweizer Goldraffinerien beziehen Gold aus der ganzen Welt. Unter welchen Bedingungen das Edelmetall geschürft wurde, bleibt oft im Dunkeln.

IWAN SCHAUWECKER

Im Jahr 2022 wurden 2400 Tonnen Gold in die Schweiz importiert, etwa die Hälfte Gold mit einem Reinheitsgrad von 99,99 Prozent. Ein grosser Teil dieses Goldes wird in den Schweizer Raffinerien erneut eingeschmolzen und dann mit dem Stempel «Switzerland» als Schweizer Gold weiterverkauft. Mit dem Schmelzprozess geht auch das Wissen über die ursprüngliche Herkunft des Goldes verloren. Seit 2021 wurden beispielsweise 110 Tonnen Goldbarren russischen Ursprungs im Wert von über sechs Milliarden Franken in die Schweiz importiert, umgeschmolzen und «reingewaschen». Der Basler Strafrechtsprofessor Mark Pieth sagt: «Nach Schweizer Recht ist dieser Vorgang zwar legal, aber das bedeutet noch lange nicht, dass er legitim ist.» Pieth zieht in seinem Buch «Goldwäsche» ein klares Fazit: Goldhandel ist dreckig bis blutig.

In der Schweiz legal bedeutet noch lange nicht legitim.

GOLDDREHSCHEIBE DUBAI

Die Edelmetallkontrolle des Bundes hat insbesondere die Raffinerie Valcambi im Tessin gerügt, weil bei den Lieferanten aus Dubai der Verdacht von «Geldwäscherei» und «Terrorfinanzierung» bestehe. Dubai gilt heute als einer der wichtigsten Umschlagplätze von Gold aus Russland, aber auch von Konfliktgold aus dem Sudan oder Gold aus Burkina Faso, wo häufig Kinder in den Minen arbeiten müssen. Valcambi importiert aber trotz Kritik weiterhin Gold aus Dubai. Im Jahr 2022 wurden 140 Tonnen Gold im Wert von 8 Milliarden Franken aus Dubai zur Weiterverarbeitung in die Schweiz importiert.

GERÜGT: Die Raffinerie Valcambi trieb es so bunt, dass selbst die zaghafte Edelmetallkontrolle des Bundes Kritik wagte. FOTO: ZVG

ÜBER 1000 TONNEN MINENGOLD

Die Raffinerien in der Schweiz verarbeiten aber auch unreines Gold, das direkt aus den Minen importiert wird. Im Jahr 2022 waren es 1123 Tonnen Minengold, das in die Schweiz gelangte. Dieses Gold stammt zu 80 Prozent aus industriellen Minen mit besseren Sicherheitsstandards. Doch auch in den Konzernminen kommt es regelmässig zu Unfällen. Umweltverschmutzung und ein enormer Wasserverbrauch belasten die Umgebung. Das restliche importierte Minengold stammt aus handwerklichem Bergbau mit oft prekären Arbeitsbedingungen. Das Gold wird von Goldschürferinnen und Goldschürfern mit Quecksilber aus dem Gestein gelöst, dabei werden Menschen, Wasserläufe und Böden vergiftet. Zugleich ist das handwerkliche Goldschürfen für viele Menschen im Amazonasbecken und in afrikanischen Ländern eine wichtige Einkommensquelle.

DOKU-TIPP:
«Auf den Spuren von Putins Gold»
www.rebrand.ly/putinsgold

BUCH-TIPP:
Mark Pieth:
Goldwäsche.
Salis-Verlag.
300 Seiten, Fr. 34.–

FOTOS: KEYSTONE / ADOBE STOCK

Stärkung von GAV:

Rumänien macht es vor

Rumänien zeigt, wie die Länder in Europa die Gesamtarbeitsverträge (GAV) stärken können. Das jüngste rumänische GAV-Gesetz ist ein Wegweiser für ganz Europa. Das ist die Einschätzung von UNI-Europa, der europäischen Gewerkschaft für den privaten Dienstleistungssektor, der auch die Unia angehört.

FORTSCHRITT. Diese Verbesserungen bringt das Gesetz: erleichterten Zugang von Gewerkschaften zu nichtorganisierten Betrieben; für alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten obligatorische GAV-Verhandlungen; in einer Branche müssen Arbeitgeber künftig jede Gewerkschaft anerkennen, die mindestens fünf Prozent der Beschäftigten vertritt (Senkung Repräsentativitätsschwelle für Gewerkschaften auf Betriebs- und Branchenebene); vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von GAV; auch Selbständigen ist es erlaubt, sich zu organisieren; mehr Schutz von Gewerkschaftsmitgliedern vor Diskriminierung; Stärkung des Streikrechts, einschliesslich Legalisierung von Solidaritätsstreiks und politischen Streiks.

Das neue Gesetz ist ein Wendepunkt.

Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

UNGLEICHHEIT. Dies ist ein Wendepunkt. Denn nach der Finanzkrise von 2009 verschrieb die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) ganz andere Rezepte: Um EU- und IWF-Gelder zur Stützung seiner Staatsfinanzen zu erhalten, musste Rumänien 2011 im Gegenzug ein neoliberales Arbeitsgesetz verabschieden. Daraufhin fiel die Zahl der Beschäftigten, die einen GAV haben, von 100 Prozent (2009) auf 15 Prozent (2017). Deshalb nahm die soziale Ungleichheit stark zu. Rumänien hat heute eine der höchsten Armutsraten unter den Erwerbstätigen in ganz Europa.

KARAWANE. Als der soziale Sprengstoff dieser neoliberalen Rezepte immer offensichtlicher wurde, beschloss die EU, Gegensteuer zu geben, und verabschiedete die EU-Mindestlohnrichtlinie, laut der 80 Prozent aller Beschäftigten einen GAV haben sollten. Nach der Covid-Pandemie machte die EU zudem die Zahlung ihrer Aufbau- und Resilienz-Gelder an Rumänien von einer Revision des Arbeitsrechts abhängig, um den «sozialen Dialog» zu stärken. Dieser Kurswechsel wäre ohne den Druck der Gewerkschaften nicht möglich gewesen, einschliesslich einer fünftägigen Protestkarawane der sozialen Rechte von Bukarest nach Brüssel im Juli 2021. Zudem sahen auch wichtige Kapitalfraktionen (einschliesslich der Banken) ein, das eine Rückkehr zu GAV sinnvoll ist, um faire Wettbewerbsbedingungen in einer Branche zu schaffen.

Dies ebnete der sozialdemokratisch-liberalen Regierung Rumäniens den Weg für die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes. Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack: es ist immer einfacher, ein GAV-System zu zerschlagen als es danach wieder aufzubauen.

Gräfenhausen (D): Streikende gehen bis zum Äussersten

Trucker im Hungerstreik

VERZWEIFELT: Ihre Familien hungern, weil ihre Löhne nicht bezahlt werden – da assen auch die Trucker nicht mehr. FOTO: KEYSTONE

Eine Woche lang haben 40 Trucker am Rastplatz Gräfenhausen das Essen verweigert. Weil ihr Chef ihnen den Lohn nicht bezahlte. Nun deutet sich im Konflikt um ausstehende Lohnzahlungen eine Lösung an.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

Es ist die pure Verzweiflung. Mitte Juli traten etwa 40 LKW-Fahrer aus Zentralasien in den Hungerstreik. Seit über zehn Wochen stehen sie an der Raststätte Gräfenhausen bei Darmstadt und fordern, dass sie für ihre geleistete Arbeit bezahlt werden (work berichtete: **rebrand.ly/lohngauner).** Der polnische Spediteur Mazur schuldet ihnen insgesamt eine halbe Million Euro. Doch der Lohnbetrüger zahlt nicht, erstattete stattdessen Anzeige gegen die Fahrer: wegen «Erpressung».

KEINE FRAGE DER FREIWILLIGKEIT

Jetzt bekommen die Fahrer Unterstützung von höchster Stelle. Deutschlands Arbeitsminister Hubertus Heil kündigte beim Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi an, er werde «nicht einfach tatenlos zugucken». Er verwies auf das seit Jahresbeginn geltende Lieferkettengesetz, das Unternehmen in Deutschland dazu verpflichtet, Ausbeutung in der gesamten Lieferkette zu unterbinden. «Die Frage von Menschenrechten ist keine Frage der Freiwilligkeit», betonte der Minister, «sondern es muss klar sein, dass, wer global Gewinne macht, auch global in Lieferbeziehungen Verantwortung für Menschenrechte übernehmen muss.»

MENSCHENRECHTE VERLETZT

Das richtet sich an die Adresse der Konzerne, die vom Billigtransport auf europäischen Strassen profitieren. Im Falle von Mazur werden Dachser, DHL, DB Schenker, Audi, Bauhaus, Rewe, Knauf und andere genannt. Diese betonen auf work-Nachfrage allesamt, sie hätten «keine direkten Vertragsbeziehungen» mit Mazur. Damit werden sie sich wohl nicht aus der Verantwortung ziehen können. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat eine Sonderprüfung gestartet. Sein Präsident, Torsten Safarik, erklärte bei einem Besuch auf dem Rastplatz, Mazur habe klar Menschenrechte verletzt. Nun würden auch die deutschen Auftraggeber überprüft. Im Hintergrund liefen Verhandlungen, damit die Fahrer zumindest einen Teil des ihnen zustehenden Geldes erhalten.

Bei Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe (27. 9.) deutet sich eine solche Lösung an. Der Regionalgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jens Liedtke, sagt: «Es ist entscheidend, dass die Fahrer endlich Geld bekommen und nach Hause können. Das beseitigt aber noch nicht die Missstände, die täglich vor unserer Nase auf europäischen Strassen geschehen. Kriminellen Unternehmen wie Mazur gehört die europäische Transportlizenz entzogen.»

«Wer global Gewinne macht, muss auch global Verantwortung übernehmen.»

DEUTSCHER ARBEITSMINISTER HUBERTUS HEIL

In der Hoffnung auf eine Lösung haben die Trucker ihren Hungerstreik zu Redaktionsschluss ausgesetzt. Ein Ärzteteam hatte zuvor vor den lebensbedrohlichen Folgen der Aktion gewarnt.

COOP, POST UND GENERAL ELECTRIC

LOHNGAUNER MAZUR UND DIE SCHWEIZ

Der aktuelle Hungerstreik ist nur die jüngste Eskalation im Kampf gegen den polnischen Chef der Logistik-Gruppe Mazur. Bereits im Frühjahr haben über 60 Mazur-Fernfahrer die Arbeit verweigert. Zunächst streikten sie dezentral auf verschiedenen Raststätten Europas – auch in der Nähe Luzerns und bei Basel. Schliesslich standen in den Mazur-Frachtpapieren auch Adressen der Schweizerischen Post oder von Coop. Nach wenigen Tagen konzentrierten sich alle Streikenden im deutschen Gräfenhausen. Und dort fuhr prompt der Boss auf – im Luxusschlitten und in Begleitung eines Schlägertrupps!

Chef Lukasz Mazur. FOTO: ZVG

ZAHLTAG. Doch die vereinigten Trucker und die Polizei vereitelten sein Ziel: die Kaperung der Lastwagen mit wichtiger Fracht. Dazu gehörte wohl auch eine Ladung für General Electric (GE) im aargauischen Birr. GE erhöhte nämlich mit zunehmender Streikdauer den Druck und drohte Mazur dem Vernehmen nach mit hohen Schadenersatzforderungen für jeden Tag Lieferverzögerung. Mazur rechnete. Und erkannte, dass ihn die Lohnzahlungen billiger kommen. Nach fünf Wochen Streik der volle Erfolg: Zahltag für alle Fahrer – total eine Summe von über 300 000 Euro. (jok)

Schluss mit gewerkschaftsfeindlichen Methoden im Rohstoffgeschäft

Schweizerischer Gewerkschaftsbund hat genug: Beschwerde gegen Glencore

Der peruanische Minenkonzern Volcan, Tochterfirma des Schweizer Rohstoffgiganten Glencore, missachtet die Rechte der Minenarbeiterinnen und -arbeiter. Jetzt gehen die Gewerkschaften gegen die beiden Firmen vor.

IWAN SCHAUWECKER

2015 trat in Peru ein Gesetz in Kraft, das den Minenkonzernen den Einsatz von Leiharbeitern erlaubt. Im Gegensatz zu den Festangestellten werden diese viel schlechter bezahlt und haben kaum Rechte, auch wenn sie viele Jahre am gleichen Ort arbeiten. In der Silber- und Zinkmine von Andaychagua, im zentralen Hochland von Peru, sind etwa zwei Drittel der 1500 Mineure als sogenannte Terceros temporär angestellt. Die Mine wird vom peruanischen Bergbaukonzern Volcan Compañía Minera betrieben, der seit 2017 mehrheitlich im Besitz von Glencore ist.

KONZERNVERANTWORTUNG: Glencore-Mine in Peru. FOTO: PD

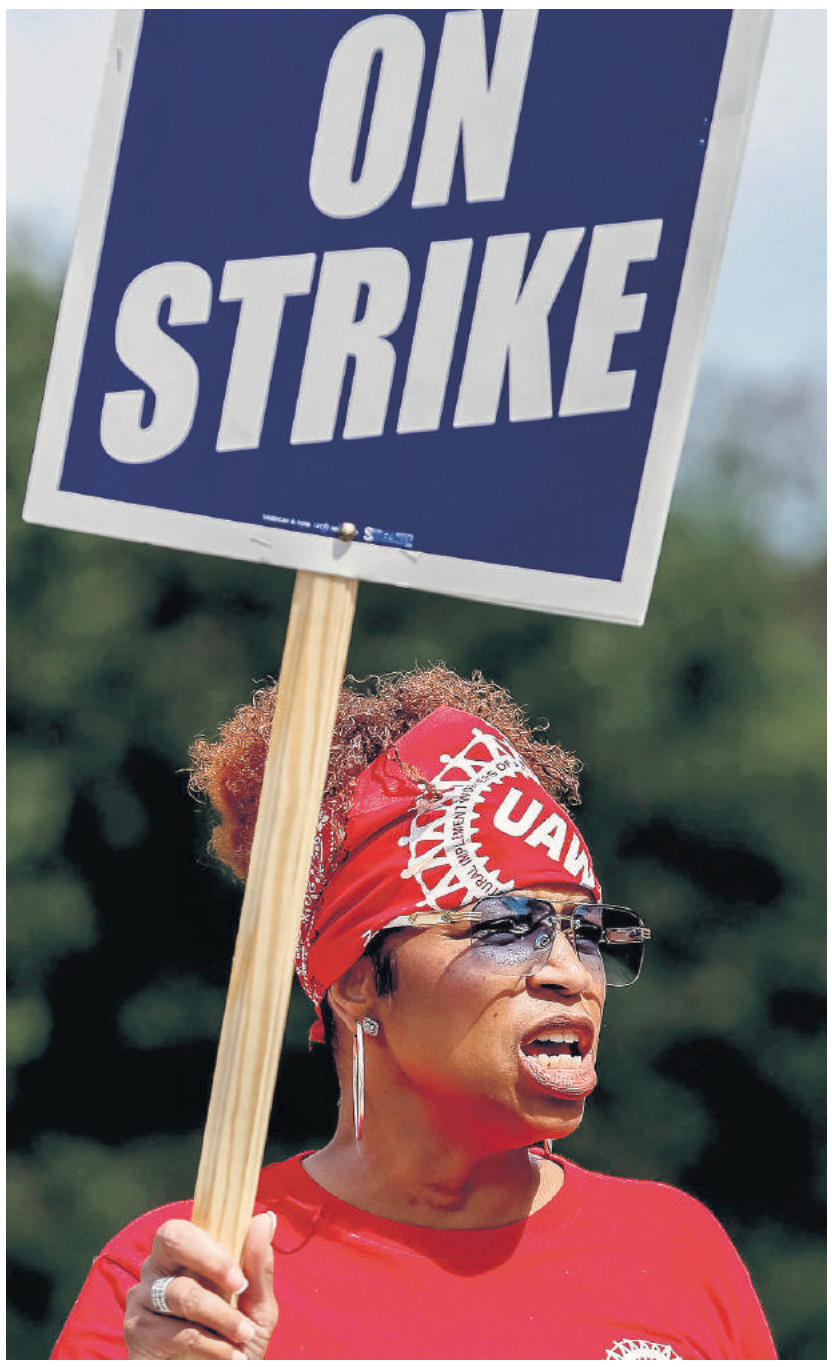
PREKÄR BESCHÄFTIGTE. Seit die Gewerkschaft der Mineure von Andaychagua die Statuten so angepasst hat, dass auch Leiharbeiterinnen und -arbeiter Mitglied werden können, geht der Bergbaukonzern Volcan mit gewerkschaftsfeindlichen Methoden gegen die Arbeiter und die Gewerkschaft vor. Der Bergbaukonzern ignoriert peruanische Behördenentscheide und weigert sich auch nach einem achtwöchigen Streik im Jahr 2021 (work berichtete: **rebrand.ly/streik-peru),** mit der Gewerkschaft zu verhandeln.

PREMIERE. Wenn Konzerne gegen internationale Menschenrechtsstandards verstossen, kann bei der Kontaktstelle der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Beschwerde eingereicht werden. Die Gewerkschaft in Peru hat nun eine solche OECD-Beschwerde gegen Volcan eingereicht. Parallel dazu läuft eine zweite Beschwerde des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), des Hilfswerks Solifonds sowie der holländischen Gewerkschaft CNV gegen Glencore in der Schweiz. Denn auch Glencore behauptete in einem Brief an den SGB, dass nur Festangestellte Mitglied der Gewerkschaft werden könnten, trotz anderslautenden peruanischen Behördenentscheiden. Marília Mendes, Koordinatorin für Internationales bei der Unia, sieht das koordinierte Vorgehen als starkes Signal für die internationale Konzernverantwortung: «Es ist das erste Mal, dass eine OECD-Beschwerde gleichzeitig gegen einen Konzern und eine Tochterfirma eingereicht wird.» Sanktionen sind aufgrund der OECD-Beschwerden allerdings keine möglich. Die beklagten Unternehmen, in diesem Fall Glencore und Volcan, könnten lediglich einer Mediation zustimmen.

Starkes Zeichen, auch wenn die Sanktionen fehlen.

Gewerkschaften haben in den USA nicht nur in den Häfen und in Hollywood Aufwind

Jetzt rollt die Auto-Streikwelle



«OHNE GERECHTIGKEIT KEINE JEEPS»: Der Vertrag lief aus – und pünktlich ab Mitternacht streikten die Büezerinnen und Büezer der «Grossen 3», General Motors, Ford und Stellantis. FOTO: KEYSTONE

Der historische Streik in der Autoindustrie steht für die Renaissance der US-Gewerkschaftsbewegung. Sie wird von einer ungeduldigen Basis angetrieben.

OLIVER FAHRNI

Das Gespenst, das gerade etliche US-Kapitalisten an den Rand einer Nervenkrise treibt, hat einen Namen: Shawn Fain. Er ist 54, gelernter Autoelektriker, bekennender Christ und seit März Präsident der Gewerkschaft UAW, der Arbeitenden in der Autoindustrie. Fain sagt Sätze wie: «Wir haben die Nase voll, uns bei der Arbeit den Rücken zu brechen und uns von Lohncheck zu Lohncheck durchzuwursteln, während sich die Konzerneliten und die Milliardärsklasse weiterhin wie Banditen bereichern.» Oder: «Steht auf! Seid bereit, für euch einzustehen, gegen die Gier der Unternehmen und die Lügen des Managements!»

KEIN FALSCHES HÄNDESCHÜTTELN

Früher begannen Verhandlungen in der US-Autoindustrie mit einem Fototermin, bei dem die Konzernbosse dem UAW-Chef grinsend die Hand schüttelten. Dann ging es hinter verschlossenen Türen weiter, und am Ende standen Lohnverzicht, 6-Tage-Woche, extrem verschärfte Arbeitskadenzen. Und Präsenzarbeit während der Covid-Epidemie. Die Manager verstanden es, die obersten Gewerkschafter mit Zuwendungen milde zu stimmen. «Hauptsache, sie sind dumm, fett und glücklich» war ein geflügeltes Wort in den Chefetagen. Zwei frühere UAW-Chefs brachte die ungetreue Geschäftsführung ins Gefängnis.

Doch Fain verweigerte den fotogenen Handshake. Stattdessen stellte er «kühne Forderungen»: automatischen Teuerungsausgleich, 40 Prozent Lohnerhöhungen, Abschaffung der Lohnstaffelung, gesicherte Renten und die 32-Stunden-Woche, «unser Kampf für die Zukunft». Spielraum dafür bestünde. Die von Präsident Joe Biden massiv subentionierten «Grossen 3» (General Motors, Ford, Stellantis) schütteten seit der Krise 2009 satte 84,9 Milliarden Dollar an ihre Besitzenden aus – während die Reallöhne allein in den letzten 5 Jahren um 20 Prozent sanken und die Arbeitsbedingungen immer schlimmer wurden. Die kumulierten Profite 2021/22 waren rekordhoch – 72 Milliarden Dollar. Von den Abzockerlöhnen der Topmanager gar nicht zu reden.

«Dumm, fett und glücklich» – damit ist's definitiv vorbei.

Am 14. September lief der alte Vertrag aus, und um Mitternacht begann der Streik in ausgewählten Fabriken. Offenbar hatten die Manager die UAW unterschätzt. So reiste etwa Carlos Tavares, der CEO von Stellantis (Chrysler, Fiat, Peugeot, Citroën, Opel, Jeep, Maserati usw.) erst gar nicht aus Paris an. Sein Nordamerika-Chef verhandelte mittels Videocall vom Badeort Acapulco aus. «Ohne Gerechtigkeit keine Jeeps» antworteten die Büezerinnen und Büezer der Stellantis-Montage in Toledo, Ohio, und stellten die Fliessbänder ab.

Vorsorglich hatte sich die UAW ein Streikmandat eingeholt: 97 Prozent der 146 000 Beschäftigten der drei Konzerne stimmten dafür, die Arbeit ruhen zu lassen. Das war historisch: Noch nie wurden die «Grossen 3», das alte Herz des Industriekapitalismus, gleichzeitig bestreikt.

ERFOLG IN HOLLYWOOD

Es ist der vorläufige Höhepunkt eines «heissen Sommers der Arbeit». Die US-Arbeitenden recken ihr Haupt. Nach den Arbeitskämpfen bei den Eisenbahnen, in den Häfen, in der Pflege und in Hollywood genügte ein angedeuteter Ausstand der «Teamsters» bei UPS, um dem Paketkonzern Konzessionen abzuringen. Am 24. September brachen auch Traumfabriken von Warner, Universal, Disney, Netflix ein: Der Streik, der am 6. Mai begonnen hatte, brachte den Autorinnen und Autoren die geforderte Beschränkung des Einsatzes von künstlicher Intelligenz, die ihre Jobs gefährdet. Eine globale Premiere.

In fast allen dieser Bewegungen treibt die Basis die Gewerkschaften vor sich her. Sie hat in Konzernen wie Starbucks, Amazon, Apple oder Microsoft überhaupt erst die Gründung von Syndikaten durchgesetzt. Das zwingt die Gewerkschaften zu neuen Praktiken.

DIE BASIS MACHT DRUCK

Shawn Fain, der erste frei gewählte Präsident, ist in der UAW keine Einzelmaske, sondern das Produkt einer organisierten Opposition (UAW Members United), die in jahrelangem Ringen die Gewerkschaft demokratisiert hat.

Nun ist Fain per Facebook im Dauergespräch mit den Mitgliedern und jeden Tag auf den Streik-Piketts. Doch was auch immer der UAW-Chef plant, freie Hand hat er nicht. Diverse lokale Sektionen der Gewerkschaft fordern, den Streik, der bisher nur 15 000 Beschäftigte mobilisierte, auf sämtliche Betriebe auszudehnen.

Inzwischen liegt die Zustimmung der US-Bevölkerung zu den Gewerkschaften so hoch wie seit 1965 nicht mehr. Kein Wunder, reagieren viele US-Kapitalisten nervös. Nicht auszudenken, meinte einer im «Wall Street Journal», wenn die Auto-Büezerinnen und -Büezer gewännen. Das versuchen die Konzerne mit allen Mitteln zu verhindern: mit antigewerkschaftlichen Entlassungen, Drohungen und eingeflogenen Streikbrechern. Und was macht der US-Präsident? Joe Biden drängt Fain zu einem Kompromiss. So hatte er schon den Eisenbahnerstreik abgewürgt.

la suisse existe

Jean Ziegler

IN MEMORIAM SALVADOR ALLENDE

Es war der 11. September 1973. Fünfzig Jahre sind es her. Die «Moneda» stand in Flammen, der Präsidentschaftspalast mitten in der chilenischen Hauptstadt Santiago. Bewaffnet mit einer Maschinenpistole, unterstützt von ein paar Dutzend ebenfalls bewaffneten Jungsozialisten und Gewerkschaftern, widerstand Salvador Allende immer noch.
Um 14 Uhr 30 ertönte dann zum letzten Mal seine Stimme. Dank dem Gewerkschaftssender Cooperación, der in wundersamer Weise noch nicht von der Luftwaffe zerstört worden war.
Die klare Stimme aus der brennenden «Moneda» sagte: «Trabajadores de mi pueblo… Ich werde nicht aufgeben, und ich werde nicht zurücktreten. In diesem Augenblick weiss ich, dass ich die Treue meines Volkes mit dem Leben bezahlen muss.» Die Rede ist in die Weltgeschichte eingegangen. Mitte Nachmittag war Allende tot.

FOLTER. *Es folgte eine fürchterliche, blutige Menschenjagd in ganz Chile und eine Repression, die während der ganzen Zeit der Militärdiktatur bis 1990 dauerte. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafter, Studentinnen, Sozialisten, Christdemokratinnen starben unter der Folter, fielen den Erschiessungskommandos zum Opfer, wurden lebend aus Flugzeugen in den Pazifik geworfen.*
Salvador Allende, Kinderarzt aus Valparaiso, kandidierte 1970 für die Präsidentschaft als Vertreter der Unidad Popular, einer Allianz der Linksparteien und Gewerkschaften. Er erhielt am meisten Stimmen und wurde im November verfassungsgemäss vom Kongress als Präsident vereidigt.

STILLES VIETNAM. *Ich erinnere mich, als wäre es gestern gewesen. Im Januar 1971 war ich Mitglied der Delegation des Exekutivrates der Sozialistischen Internationale, geführt vom österreichischen Sozialdemokraten Bruno Kreisky. Allende empfing uns in seinem kleinen Haus im Quartier Tomás Moro. Die letzten Sonnenstrahlen leuchteten hinter der Bergkette der Anden. Allende sass in einem hohen kolonialen Lehnstuhl, sein Hund zu seinen Füssen. Plötzlich unterbrach er seine kluge Analyse und brachte die Situation in Chile auf den Punkt: «Wir erleben ein stilles Vietnam.»*
Gleich nach dem Sieg der Unidad Popular organisierte der damalige US-Aussenminister Henry Kissinger das «Komitee der Vierzig»: einen Verbund der vierzig wichtigsten in Chile tätigen multinationalen Konzerne. Das Komitee veranlasste die wirtschaftliche und finanzielle Blockade und Sabotage Chiles. Es war die Zeit des Kalten Krieges. US-Präsident Richard Nixon und Kissinger waren überzeugt, Chile sei ein neues Kuba.

SALVADOR ALLENDE. 1908 bis 1973. FOTO: KEYSTONE

SABOTAGE. *Die schweizerische Oligarchie, welcher der unterwürfige Bundesrat folgte, schloss sich dem Komitee der Vierzig an. Ein Beispiel: Allende hatte ein Programm gegen den Hunger auf die Beine gestellt. Denn die Unterernährung vieler Hunderttausender chilenischer Kinder war Allendes Trauma. Sein Programm versprach einen halben Liter Milch pro Tag für die hungernden Kinder. Die Nestlé-Tochter Chiprodal kontrollierte 80 Prozent der Milchproduktion. Nestlé-Präsident Jean-Constant Corthésy, ein Waadtländer Reaktionär übelster Sorte, verweigerte jede Kooperation. Er zwang Allende, mit teuren Devisen Milch in Argentinien zu kaufen.*
Ein anderes Beispiel: Chile war und ist der grösste Kupferproduzent der Welt. In den drei grössten staatlichen Kupferminen – El Teniente, El Salvador und Chuquicamata – organisierte US-Aussenminister Kissinger einen Generalstreik der meist ausländischen Ingenieure und Techniker.
Chile hat eine Länge von über 4000 Kilometern. Praktisch alle Güter werden mit Lastwagen transportiert. Kissinger organisierte Massenstreiks von 6 und 7 Wochen. Lebensmittel im Wert von Dutzenden Millionen US-Dollar verrotteten, Industriegüter und Ersatzteile wurden nicht mehr geliefert. Die Lastwagenchauffeure wurden durch die Überweisung eines Taggeldes entlöhnt, von einer chilenischen Bank am Quai des Bergues in Genf.

FINSTER. *Am 11. September 1973 suchten – und erhielten – viele Verfolgte in den lateinamerikanischen und europäischen Botschaften Zuflucht. Nicht aber in der Schweizer Botschaft. Der finstere Botschafter Charles Masset lieferte die Verfolgten systematisch den Häschern (und Mördern) aus.*
Der Bundesrat sandte kein Beileidstelegramm an Allendes Witwe Hortensia und kein Kondolenzschreiben an die chilenische Botschaft in Bern, wie das beim Tod eines Staatschefs üblich ist. Er verordnete eine Visumspflicht für Chileninnen und Chilenen mit dem gebräuchlichen Argument: «Das Boot ist voll».
Die Reaktion der linken sozialistischen und demokratischen Bewegungen in der Schweiz war hingegen exemplarisch. Aussenminister Pierre Graber (SP) musste den üblen Masset abberufen. Ein katholischer Priester, Cornelius Koch, und der protestantische Pfarrer Guido Rivoir riefen die Aktion «Freiplatz Chile» ins Leben. Tausende Familien zeigten sich bereit, Asylsuchende aufzunehmen. Die Unidad Popular ist ein lebendiges Geschichtsbuch. Sie bleibt für uns alle eine Quelle der Hoffnung.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Deshalb gibt’s die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Anwältin Asha Hedayatis neues Buch über Gewalt an Frauen:

Gewaltbetroffene Frauen haben die Wahl – zwischen Pest und Cholera

Ämter und Behörden schützen Frauen nicht vor gewalttätigen Partnern. Rechtsanwältin Asha Hedayati erlebt das tagtäglich. Besonders gefährdet sind Mütter, die finanziell von ihren Partnern abhängig sind.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Staatliche Strukturen schützen gewalttätige Männer, statt betroffenen Frauen zu helfen. Das zeigt das neue Buch «Die stille Gewalt» von Rechtsanwältin Asha Hedayati auf. Sie beschreibt aufrüttelnde Schicksale direkt aus dem Gerichtssaal.

Im Einstieg des Buches zählt Hedayati schockierende Fakten auf: In Deutschland wurden im Jahr 2021 insgesamt 115 314 Frauen Opfer von Gewalt, davon wurden 113 ermordet. In der Schweiz wurden 2021 26 Frauen getötet. Rechnet man die Femizide auf die Bevölkerungsgrösse herunter, so wurden in der Schweiz prozentual um ein Vielfaches mehr Frauen ermordet. In der Schweiz wird alle zwei Wochen eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Und jede Woche erlebt eine Frau einen Femizid-Versuch.

Gewalt gegen Frauen wird noch immer als privates Problem gesehen.

Das grosse Problem laut der Autorin: Gewalt gegen Frauen wird noch immer als privates Problem gesehen. In solchen Fällen heisse es dann oft, das Paar habe «Eheprobleme», der Mann ein «Agressionsproblem» oder die Frau schlicht die «falsche Wahl» bei der Partnersuche getroffen.

AUTORIN ASHA HEDAYATI: «Der Staat ist nicht nur oft untätig, sondern stützt durch seine Untätigkeit die Gewalt gegenüber Frauen sogar noch systematisch.» FOTO: ZVG

GEWALT ODER ARMUT

Die Rollenverteilung in unserer Gesellschaft begünstigt gewaltvolle Beziehungen. Besonders die wirtschaftliche Gewalt ist tief verankert. Viele Frauen sind finanziell abhängig von ihren Partnern. Teilweise haben sie keinen Einblick in die gemeinsamen Finanzen. Noch prekärer ist die Situation bei Müttern, die nach der Schwangerschaft Teilzeit arbeiten oder ganz zu Hause bei den Kindern bleiben müssen, weil sich das «mehr lohnt».

Die unbezahlte Care-Arbeit ist für Frauen eine enorme Belastung. «Die gleichrangige Verteilung und Übernahme von Care-Arbeit ist für die Verbesserung der ökonomischen Situation der Frau zentral», so Hedayati. Die finanzielle Abhängigkeit erschwert die Trennung vom gewalttätigen Partner. Mit ihrem eigenen, tiefen Einkommen können sich Frauen weder eine Wohnung noch ein würdevolles Leben für sich und die Kinder leisten. Sie haben also die Wahl zwischen Pest und Cholera: Gewaltbeziehung oder Armut.

ERST TRENNUNG, DANN ABSCHIEBUNG

Sich aus einer gewaltvollen Beziehung zu lösen erfordert Kraft und Mut. Einige Fälle der Rechtsanwältin zeigen: Trennen sich die Frauen, nimmt die Gewalt durch ihre Expartner zu. So hatte Hedayati eine Mandantin vertreten, die von ihrem Exmann bei einem Treffen zur Übergabe der Kinder massiv verletzt wurde. Sie fotografierte ihre Verletzungen, Würgemale und blauen Flecken und zeigte ihn an. Weil ihr Expartner die Tat bestritt und Aussage gegen Aussage stand, wurde das Verfahren eingestellt.

Besonders prekär ist die Situation für Frauen, die um ihren Aufenthaltsstatus bangen müssen. Ist ihr Aufenthaltsrecht mit der Gewaltbeziehung verbunden, droht bei einer Trennung die Abschiebung. Weiter leiden auch migrantische Frauen aus Gewaltbeziehungen nicht nur unter ihrem Partner, sondern auch an rassistischem Verhalten von Behörden und Ämtern. Diese nehmen die Anliegen der Frauen nicht ernst und schieben die ausgeübte Gewalt auf die Kultur ihrer Herkunftsländer. Dabei zeigt das Buch deutlich: Gewalt in Beziehungen findet in allen sozialen Schichten statt. Unabhängig von Herkunft, Alter, politischer Ausrichtung oder Bildungsstand.

Für Hedayati ist die Gewalt an Frauen und das tatenlose Zusehen des Staates eine Menschenrechtsverletzung: «Frauen, die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind, erleben Verletzungen ihrer elementaren Grundrechte.» Doch die Autorin kennt Lösungen: mehr Gewaltprävention sowie mehr Frauenhäuser und Anlaufstellen für Betroffene. Hedyati gelingt es, anhand von Beispielen ihrer eigenen Mandantinnen ein detailliertes Bild zu zeichnen. Eine aufwühlende Lektüre.

ASHA HEDAYATI, geboren 1984 in Teheran, ist Rechtsanwältin in Berlin. Seit fast zehn Jahren ist sie im Bereich Familienrecht tätig. Ihr Schwerpunkt: Sie vertritt Frauen in Scheidungs-, Elternschafts- und Gewaltverfahren. Weiter ist sie als Gastdozentin tätig und bildet Sozialarbeiterinnen von Frauenhäusern und Beratungsstellen aus. Das Buch «Die stille Gewalt» ist ihr erstes Werk.

Asha Hedayati: **Die stille Gewalt. Wie der Staat Frauen alleine lässt.** Rowohlt-Verlag, Hamburg 2023, ca. Fr. 30.–.

Kino und Diskussion

Abendfüllend: Das Thema Schwarzarbeit

Der Dokumentarfilm «Schwarzarbeit» (2022) von Ulrich Grossenbacher folgt den Kontrolltouren des Berner Arbeitsmarktinspektorats. Das geht nahe! Denn überall wo Schwarzarbeit auffliegt, werden auch tragische Einzelschicksale sichtbar. Doch der Film drückt nicht einfach auf die Tränendrüse, eher aufs Gaspedal: «Schwarzarbeit» ist ein politisches Roadmovie quer durch die Lädeli, Baustellen und Gasthöfe im Kanton Bern. Jetzt in Heerbrugg SG einmalig wieder im Kino! Im Anschluss an den Film diskutiert SP-Nationalrätin Barbara Gysi mit Florian Kobler, dem Leiter der Arbeitsmarktkontrolle der Unia Ostschweiz-Graubünden, über Schwarzarbeit, Lohndumping und die Situation im Kanton St. Gallen. Moderiert wird der Abend von der SP-Kantonsrätin Karin Hasler.

Filmvorführung mit anschliessendem Gespräch und Apéro, freier Eintritt, am Samstag, 30. September, um 16 Uhr im Kino Madlen, **Auerstrasse 18, Heerbrugg.**

Gegen Menschenhandel

Entlarven und verhindern

Menschenhandel und moderne Sklaverei sind in der Schweiz kaum sichtbar, aber auch hier werden Menschen täglich Opfer von krimineller Ausbeutung. Nicht nur im Rotlichtmilieu und in dubiosen Nail-Studios, sondern auch in der Landwirtschaft, in der Gastronomie oder

FOTO: UNIA

auf dem Bau. Im Rahmen der Aktionswochen gegen Menschenhandel befasst sich ein Unia-Symposium mit folgenden Fragen: Wie machen kriminelle Menschenhändler ihre Opfer gefügig? Wie kann Menschenhandel in der Schweiz besser erkannt und verhindert werden?

Montag, 23. Oktober, 16 bis 19.30 Uhr, die Teilnahme ist kostenlos. Unia Zentralsekretariat, Bern. Anmeldung: **www.rebrand.ly/uniasymposium.**

Ökosozialismus

Raus aus dem Hamsterrad

Der japanische Philosoph Kohei Saito analysiert in seinem Buch «Systemsturz» die Verflechtungen von Kapital, Natur und Gesellschaft. Mit einer Neuinterpretation der Gedanken von Karl Marx entwickelt er das Modell eines «Degrowth-Kommunismus», also eines sozialen Systems, das mit dem Wachstumszwang bricht. Ständiges Wachstum ist bekanntlich eine Grundlage des Kapitalismus – auch in seiner grünen Variante. Und genau das ist laut Saito das Grundproblem der menschengemachten Klimakrise. Saito plädiert für eine Dekarbonisierung, etwa durch kürzere Arbeitszeiten und die Priorisierung von lebenswichtigen Produktionsprozessen. Saito liefert die theoretischen Grundlagen für den Ausstieg aus dem Hamsterrad.

Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, von Kohei Saito, DTV-Verlag, München, 320 Seiten, Fr. 35.–.

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser

PANDEMIE-LEHRE: DIE RÜCKKEHR DER GROSSEN LAGER

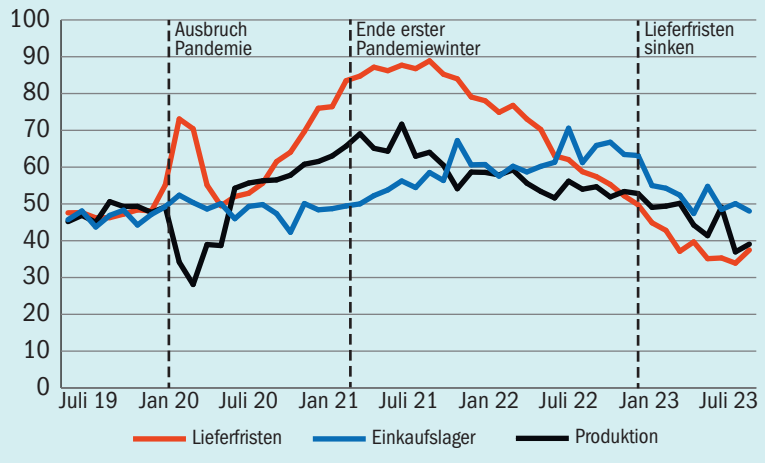
Lager kosten. Sie brauchen Platz, müssen bewirtschaftet werden und binden Geld, das anderswo ertragreich eingesetzt werden könnte. Firmen wollen deshalb möglichst keine Lager. Gleichzeitig sichern Lager Umsätze, weil sie es auch dann ermöglichen, die Kundinnen und Kunden zu beliefern, wenn die Nachfrage unerwartet steigt. Im Laufe der 1980er und 1990er Jahre konnten die Firmen ihre Lager verkleinern, weil Waren deutlich schneller geliefert werden konnten und man besser auf Unerwartetes reagieren konnte. Kürzere Lieferfristen wurden dank den besseren Computern und dem Internet möglich. Sie revolutionierten die Lagerhaltung. Aber auch Fortschritte beim Transport wie der Siegeszug der Containerschiffe sorgten für kürzere Fristen.

LAGERAUFBAU BESCHLEUNIGT. Die Corona-Pandemie katapultierte die Industrie in die Vergangenheit zurück. 2020 legte das Virus die Weltwirtschaft lahm. Die Firmen fuhren ihre Produktion zurück (vgl. Grafik). Nach dem ersten Pandemiewinter dann der Kaltstart: Die Firmen wurden mit Aufträgen überrannt. Die Lieferanten konnten nicht mehr oder nur mit viel Verspätung liefern. Vorprodukte fehlten, die Lieferfristen schossen in die Höhe. Als Reaktion hamsterten die Firmen Material, um ihre Produktion zumindest künftig abzusichern. Dieser Lageraufbau sorgte für zusätzliche Produktion und heizte damit den Nach-Corona-Boom weiter an.

LAGERABBAU BREMST. Die Kehrseite des rasanten Lageraufbaus erleben wir jetzt. Waren werden wieder schneller geliefert. Die Lieferfristen sinken seit Anfang Jahr. Grosse Lager sind nicht mehr nötig. Viele Firmen sind deshalb dazu übergegangen, ihre Lager abzubauen und keine neuen Bestellungen mehr zu tätigen. Der neuerliche Lagerabbau führt deshalb zu weniger Aufträgen. Und er erklärt massgeblich den Rückgang der Industrieproduktion, den wir derzeit erleben. Die positive Botschaft: Wenn die Lager abgebaut sind, wird die Nachfrage in der Industrie wieder steigen. Dies dürfte bereits Anfang 2024 der Fall sein. Bis dahin wird die Schweizer Industrie aber nicht darben. Die zahlreichen Aufträge aus dem vergangenen Jahr sorgen dafür, dass die Arbeit nicht ausgeht – und die Erträge hoch bleiben.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Veränderung der Lieferfristen, Einkaufslager und der Produktion in der Schweizer Industrie



Lesehilfe: Je höher der Wert über 50 liegt, desto mehr Firmen erhöhen die Fristen/Lager/Produktion. Zahlen gemäss Einkaufsmanagerindex.

QUELLE: CREDIT SUISSE/PROCURE.CH

Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Rückforderung: Muss ich mein Arbeitslosentaggeld zurückzahlen?

Ich bin Ausländer und habe an der Universität Bern Geographie studiert. Da ich nach dem Studium nicht sofort eine Arbeitsstelle gefunden habe, war ich gezwungen, Arbeitslosentaggeld zu beziehen. Zwei Jahre später hat mir die Arbeitslosenkasse mitgeteilt, dass sie mir das Arbeitslosentaggeld zu Unrecht ausgezahlt habe, da ich vor dem Bezug nicht 10 Jahre in der Schweiz gewohnt und deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosentaggeld gehabt hätte. Die Arbeitslosenkasse hat das gesamte ausgezahlte Arbeitslosentaggeld zurückgefordert. Mein Erlassgesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, es liege keine grosse Härte vor. Wie kann das sein?

MARKUS WIDMER: Damit die kantonale Amtsstelle ein Erlassgesuch gutheissen kann, muss neben der Gutgläubigkeit auch das Kriterium der grossen Härte erfüllt sein. Eine grosse Härte in diesem Sinne liegt vor, wenn Einkommen und Vermögen so tief sind, dass Anspruch auf Ergänzungsleistungen bestünde. Ihren Angaben nach ist zu vermuten, dass Sie ein zu hohes Einkommen oder Vermögen aufweisen. Wir empfehlen Ihnen, mit der Arbeitslosenkasse zu sprechen und den Betrag in Raten zurückzuzahlen. Gemäss den Richtlinien des Seco muss der Betrag in zwei Jahren zurückgezahlt werden. Ihre monatliche Rate muss somit mindestens dem 24. Teil der Gesamtschuld entsprechen.

SCHLECHTER BESCHEID: Fordert die Arbeitslosenkasse ausgezahlte Taggelder zurück, ist ein Erlass zwar möglich, doch die Hürden sind hoch. FOTO: CCNULL.DE

Versehentliche Auszahlung: Hat mein Erlassgesuch eine Chance?

Ich hatte mein Zwischenverdiensteinkommen korrekt angegeben. Die Arbeitslosenkasse hat dies übersehen und mir versehentlich das volle Arbeitslosentaggeld ausgezahlt. Die Arbeitslosenkasse fordert nun den zu viel ausgezahlten Betrag zurück. Der Verfügung kann ich entnehmen, dass ich die Möglichkeit habe, ein Erlassgesuch zu stellen. Wie beurteilen Sie die Chancen eines Erlassgesuches?

MARKUS WIDMER: Bei einem Erlassgesuch prüft die kantonale Amtsstelle, ob ein guter Glaube und eine grosse Härte vorliegen. Nur wenn beides gegeben ist, darf die kantonale Amtsstelle Ihr Erlassgesuch gutheissen. Beim Prüfen des guten Glaubens wird die kantonale Amtsstelle u. a. prüfen, ob Sie sich keiner groben Nachlässigkeit schuldig gemacht haben. In ähnlichen Fällen hat die Amtsstelle ein Erlassgesuch mit der Begründung abgelehnt, es sei dem Versicherten zuzumuten, die Zahlungseingänge zu prüfen und ausserordentliche Abweichungen der Arbeitslosenkasse zu melden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird die Amtsstelle daher also die Gutgläubigkeit verneinen und Ihr Erlassgesuch ablehnen.

Mitreden, verändern, verbessern: So geht politische Mitbestimmung in der Schweiz

Petition? Referendum? Wer den Sie politisch!

Am 22. Oktober wird in der Schweiz der National- und der Ständerat gewählt. work zeigt Ihnen, welche politischen Werkzeuge – neben Wählen und Abstimmen – Sie sonst noch haben. Sie haben keinen Schweizer Pass? Auch dann haben Sie das Recht und die Möglichkeit auf Mitbestimmung.

MARIA KÜNZLI

ABSTIMMEN UND WÄHLEN

Das Stimm- und Wahlrecht wahrzunehmen ist das einfachste Mittel, um politisch etwas zu bewirken. Falls Sie noch nie gewählt haben: kein Problem. Wir machen Sie fit für den 22. Oktober (siehe unten). Wer sich beteiligen will, muss allerdings einen Schweizer Pass besitzen – womit rund zwei Millionen in der Schweiz lebende Menschen ausgeschlossen sind. Das will die Initiative «Aktion Viertel» (www.aktionviertel.ch) nun ändern und ein Grundrecht auf Einbürgerung einführen. Damit hätte die ganze Bevölkerung unseres Landes ein Recht auf politische Teilhabe.

Bisher gibt es nur in den Kantonen Jura und Neuenburg auf kantonaler und auf Gemeindeebene ein Ausländerstimmrecht. Volles Stimm- und Wahlrecht in der Wohngemeinde – ohne kantonale Abstimmungen und Wahlen – haben Migrantinnen und Migranten in den Kantonen Neuenburg, Jura, Waadt und Freiburg. Die Bedingungen dafür unterscheiden sich von Kanton zu Kanton, in den meisten Fällen ist eine bestimmte Aufenthaltsdauer oder eine Niederlassungsbewilligung nötig. In der Deutschschweiz hinkt man hinterher: Kein Kanton kennt das Stimm- und Wahlrecht für Personen ohne Schweizer Pass. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt und Graubünden überlassen es den Gemeinden, ob sie das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene einführen wollen, rund 25 Gemeinden haben das bisher getan. Eine Übersicht dazu finden Sie hier: **rebrand.ly/stimmrechte.**

EINER PARTEI BEITRETEN

Abstimmen und Wählen ist Ihnen zu passiv? Dann haben Sie die Möglichkeit, einer Partei oder Interessengemeinschaft beizutreten. Dafür müssen Sie auch nicht Schweizer Bürgerin oder Bürger sein. Wenn Sie für ein politisches Amt kandidieren möchten, allerdings schon. Eine Ausnahme: In den Kantonen Neuenburg, Jura, Waadt und Freiburg haben Ausländerinnen und Ausländer, die auf Gemeindeebene wahlberechtigt sind, auch das Recht, in ihrer Gemeinde gewählt zu werden. Das gilt auch in den Gemeinden der Kantone Graubünden und Appenzell Ausserrhoden, die beschlossen haben, das Wahlrecht für die ausländische Bevölkerung einzuführen, zum Beispiel Rehetobel (AR), Arosa und Schuls (beide GR).

DEMONSTRIEREN, STREIKEN

Eine Demonstration oder ein Streik kann mit Nachdruck auf ein bestimmtes Anliegen oder Thema aufmerksam machen und den Druck auf Politik, eine Branche oder einzelne Arbeitgebende erhöhen. Teilnehmen können und dürfen alle, auch und gerade jene, deren Stimme und Anliegen zu wenig gehört werden. Und auch jene, die nicht stimmberechtigt sind, aber trotzdem einen bedeutenden Anteil der arbeitenden Bevölkerung darstellen, können sich so Gehör verschaffen. Haben Sie ein Anliegen, oder möchten Sie auf Missstände in Ihrer Branche aufmerksam machen? Dann wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft! Sie hilft Ihnen dabei, die richtigen Mittel zu finden, damit sich tatsächlich etwas ändert.

EINE INITIATIVE LANCIEREN

Jede Person, die in der Schweiz stimmberechtigt ist, kann eine Volksinitiative lancieren. Die formalen Bedingungen sind aber hoch. Es muss ein Initiativkomitee gegründet werden, das aus mindestens 7 und höchstens 27 stimmberechtigten Personen besteht. Bevor Sie Unterschriften sammeln können, muss sich das Initiativkomitee bei der Bundeskanzlei melden, die über das weitere Vorgehen informiert. Zum Beispiel muss ein Musterbogen für die Unterschriftensammlung bei der Bundeskanzlei eingereicht und von dieser abgesegnet werden. Folgt ein positiver Entscheid, hat das Initiativkomitee 18 Monate Zeit, um 100 000 Unterschriften zu sammeln, diese von den Gemeinden prüfen zu lassen und das ganze Paket anschliessend der Bundeskanzlei vorzulegen. Bis es zur Volksabstimmung kommt, können aber Jahre vergehen – zuerst müssen Parlament und Bundesrat darüber beraten. Geduld ist also gefragt.

Für Volksinitiativen braucht es einen langen Schnauf.

DAS REFERENDUM ERGREIFEN

Das sogenannte fakultative Referendum kann auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene ergriffen werden. Und zwar dann, wenn Sie mit einem neuen oder veränderten Gesetz nicht einverstanden sind. Ein Referendum kann von einem Komitee oder einer einzelnen Person ergriffen werden. Handelt es sich um ein Gesetz auf Bundesebene, müssen innerhalb von 100 Tagen nach der Publikation eines neuen Gesetzes 50 000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Ist das geschafft, kommt es zur nationalen Abstimmung. Das Gesetz tritt nur dann in Kraft, wenn die Mehrheit dafür stimmt. Übrigens: Auf der Website der Bundeskanzlei finden Sie sämtliche Referenden seit 1874 **(rebrand.ly/referenden).** Viel Spass beim Stöbern!

EINE PETITION EINREICHEN

Haben Sie ein Anliegen, eine Bitte oder eine Forderung? Dann ist es vielleicht Zeit für eine Petition. Diese können Sie schriftlich an die zuständige Behörde schicken. Eine Petition kann von jeder Person lanciert und unterschrieben werden – unabhängig der Staatsangehörigkeit. Sie kann sich an die Bundes-, Kantons- oder Gemeindebehörde richten.

Von der Form her sind Sie frei, in der Regel besteht eine Petition aber aus einem Text und den gesammelten Unterschriften. Auch was die Unterschriften betrifft, gibt es keine formalen Anforderungen. Es gibt keine Frist und auch keine Mindestanzahl an Unterschriften. Allerdings ist eine Petition rechtlich auch nicht verbindlich. Die angeschriebene Behörde muss gemäss Bundesverfassung (Artikel 33) lediglich von der Petition Kenntnis nehmen. Sie beantworten oder weiterverfolgen muss sie nicht.

Eine Petition ist schnell eingereicht, dafür aber rechtlich unverbindlich.

FLAGGE ZEIGEN: An Demonstrationen können alle teilnehmen – unabhängig von ihrem Stimm- und Wahlrecht. FOTO: LUCAS DUBUIS

WORKTIPP

EASY WÄHLEN MIT EASYVOTE

Die Informationsplattform **www.easyvote.ch** vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) will junge Menschen für Politik begeistern. Politisches Knowhow wird unterhaltend, verständlich und politisch neutral vermittelt, mit Bildern, Texten und Clips. Zudem finden Lehrpersonen Unterrichtsmaterialien zum Thema Politik. Auch wenn die Zielgruppe in erster Linie Jugendliche sind: auch Erwachsene, die eine leichtverständliche Erklärung für komplizierte Begriffe und politische Vorgänge suchen, werden hier fündig.

BEGRIFFE NACHSCHLAGEN

VORSTÖSSE: BITTE, WAS?

Absolutes Mehr, PUK, Vorstoss, Vernehmlassung, Fraktion … alles Begriffe, die Medien regelmässig verwenden. Oder sie tauchen in privaten Diskussionen über politische Themen hin und wieder auf. Doch was bedeuten sie genau? Falls Sie keine Politologin und auch kein Politik-Nerd sind, kennen Sie wahrscheinlich nicht alle Begriffe gleich gut. Damit sind Sie nicht allein. Das Parlamentswörterbuch, das Sie online finden, erklärt viele politische Begriffe, geordnet von A bis Z.

PLUS ANGEBERWISSEN. Im Wörterbuch erfahren Sie beispielsweise, dass es fünf verschiedene Arten von Vorstössen gibt: Motion, Postulat, Interpellation, Anfrage und Frage in der Fragestunde (Nationalrat). Oder unter dem Stichwort «Altersbeschränkung (Ständeratsmitglieder)» heisst es, dass Mitglieder des Ständerates mindestens 18 Jahre alt sein müssen. Nach oben gibt es keine Grenze – ausser im Kanton Glarus: Standesvertreterinnen und Standesvertreter müssen das Amt mit 65 Jahren verlassen. (mk)

Zum Parlamentswörterbuch: **rebrand.ly/woerterbuch**

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

KORRIGIERT! Belichtungs- und Farbfehler eines Fotos lassen sich nachträglich beheben. FOTO: PD

Die besten Gratis-Apps für Bildbearbeitung

Ist ein Schnappschuss nicht gelungen, lässt sich das Foto direkt auf dem Handy oder Tablet bearbeiten. «Saldo» hat bekannte Foto-Apps getestet. Diese vier haben am besten abgeschnitten — es gibt sie alle kostenlos für iPhone und für Android, und sie kommen ohne Hochladen von Fotos in eine Cloud aus.

Snapseed: Gute, unkomplizierte Bildbearbeitung mit zahlreichen Gestaltungsmöglichkeiten. Viele Bearbeitungsoptionen. Die Bedienung ist einfach und schnell erlernbar: Sie wischen mit dem Finger auf dem Bild nach oben oder unten, um festzulegen, was Sie ändern wollen. Dann nach links oder rechts, um die Änderung durchzuführen. Einziger Schwachpunkt: Das Entfernen störender Bildobjekte funktioniert nur mässig.

Mit dem reduzierten Umfang der Gratis-Apps lässt sich leben.

Pixlr: Gute Bearbeitungswerkzeuge, übersichtlich angeordnet. Die Bedienung ist aber eher mühsam. Wenn Sie mehrere Farbeinstellungen vornehmen oder Korrekturen rückgängig machen wollen, wird es sehr umständlich.

Photodirector: Die Möglichkeiten zur Bearbeitung sind vergleichbar mit anderen Apps. Die Bedienung ist etwas unübersichtlich, nach Einarbeitung aber gut und schnell bedienbar. Für die Registrierung ist ein Konto mit E-Mail-Adresse nötig.

PS Lightroom: Gute Bearbeitungsapp, in der kostenlosen Version aber nur beschränkt brauchbar; die meisten Werkzeuge gibt es nur mit Abo. Für die Registrierung ist zudem ein Adobe-Konto nötig. Die Bedienung ist jedoch übersichtlich.

Tipp: Die meisten Bildbearbeitungs-Apps verlangen für die Vollversion ein kostenpflichtiges Abo. Sie lassen sich aber auch ohne Abo verwenden, einige Funktionen sind dann nicht aktiviert. Das kostenlose Testabo, das nach kurzer Frist kostenpflichtig wird, lassen Sie deshalb unbeachtet. MARC MAIR-NOACK

PAPIERKRIEG: Vor allem in grossen Kantonen ist die Fülle der Listen und Prospekte erschlagend. Mit den work-Tipps behalten Sie den Überblick. FOTO: KEYSTONE

Das müssen Sie wissen, damit es mit dem Wählen klappt

22. Oktober: Jetzt haben Sie die Wahl!

Was tun mit dieser Flut an Wahlunterlagen? Und wie geht schon nur das Panaschieren? Schwierig ist Wählen nicht, aber es gibt ein paar Regeln, die Sie beachten müssen.

MARIA KÜNZLI

Am 22. Oktober 2023 wird das Parlament gewählt, das aus Nationalrat und Ständerat besteht. Der Nationalrat vertritt die Bevölkerung, der Ständerat repräsentiert die 26 Kantone. Wer wahl- und stimmberechtigt ist, bekommt die Wahlunterlagen per Post zugestellt. Darin enthalten sind die Wahlzettel, ein Stimmcouvert, ein Stimmrechtsausweis und die Prospekte der verschiedenen Parteien. Mit Hilfe der Prospekte finden Sie jene Partei und jene Kandidierenden, die Ihren Anliegen und Interessen entsprechen. Für die Ständeratswahl gibt es ein separates Blatt, auf dem Sie Ihre bevorzugte Kandidatin oder Ihren Kandidaten von Hand eintragen. Für die Nationalratswahl stehen Ihnen Wahlzettel zur Verfügung.

Sie bekommen einen leeren Wahlzettel und mehrere vorgedruckte. Nun haben Sie mehrere Möglichkeiten: Sie können den vorgedruckten Wahlzettel einer bestimmten Partei unverändert ins Stimmcouvert legen. Dann bekommt die Partei so viele Stimmen, wie es Zeilen auf dem Zettel gibt. Die leeren Zeilen zählen als Zusatzstimmen für die auf dem Zettel genannte Partei. Sie können auf dem vorgedruckten Wahlzettel einzelne Namen streichen, dann erhält diese Person keine Kandidatenstimme von Ihnen.

Auf den Parteilisten zählen auch leere Zeilen – für die Partei.

VARIATIONEN. Auf den vorgedruckten Wahlzetteln steht jeder Name nur einmal. Sie können einzelnen Kandidierenden aber auch zwei Stimmen geben. Dafür schreiben Sie ihre vollen Namen mit der Kandidatennummer von Hand auf eine leere Zeile oder zwischen zwei Namen dazu. Aber Achtung: Auf dem Wahlzettel dürfen nur so viele Namen stehen, wie in Ihrem Kanton Sitze zu vergeben sind. Ist die vorgedruckte Liste bereits voll und Sie möchten jemandem eine doppelte Stimme geben, müssen Sie dafür einen anderen Namen streichen.

Sie möchten den vorgedruckten Wahlzettel einer Partei einreichen, aber einer oder mehreren Personen einer anderen Partei ebenfalls eine Stimme geben? Das ist möglich und nennt sich Panaschieren. Gehen Sie gleich vor wie beim Kumulieren. Auch hier dürfen nur so viele Namen auf der Liste stehen, wie in Ihrem Kanton Sitze zu vergeben sind.

SELBER AUSFÜLLEN. Statt eines vorgedruckten Wahlzettels können Sie Ihre Favoriten (inklusive Kandidatennummern!) auf dem leeren Wahlzettel selbst eintragen. Die Regeln sind gleich wie beim Kumulieren und Panaschieren. Wenn Sie oben auf dem Zettel den Namen und die Nummer Ihrer Lieblingspartei notieren, bekommt sie die leeren Zeilen als Parteistimmen zugeschrieben. Bleibt das Feld oben leer, zählen nur die Kandidatenstimmen.

UNGÜLTIG. Schreiben Sie unbedingt leserlich: Was nicht entziffert werden kann, wird auch nicht berücksichtigt. Vergessen Sie Ihre Unterschrift auf dem Stimmrechtsausweis nicht. Legen Sie nur Ihre eigenen Wahlunterlagen ins Couvert. Wahlzettel von Familienmitgliedern beizulegen ist nicht erlaubt.

Offizielle Wahlanleitung: **rebrand.ly/wahlanleitung,** in leichter Sprache: **rebrand.ly/waleicht.**

STIMMABGABE

PER POST ODER PERSÖNLICH

Sie können brieflich oder an der Urne wählen (in einzelnen Kantonen auch online).

Brieflich: Legen Sie die Wahlzettel in das Stimmcouvert und unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis. Stecken Sie beides in das Rücksendecouvert und werfen Sie es in einen Postbriefkasten (frankieren!) oder in den speziellen Wahlbriefkasten der Gemeinde.

Persönlich: Geben Sie die Unterlagen am Wahlwochenende im Stimmlokal Ihrer Gemeinde ab. Die Öffnungszeiten stehen in der Regel auf dem Umschlag. Vergessen Sie nicht, einen amtlichen Ausweis mitzunehmen!

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Was tun bei Rassismus?

Ich bin 17 Jahre alt und im zweiten Jahr meiner KV-Lehre. Der Lehrling im ersten Lehrjahr wird ständig wegen seiner Hautfarbe von den Kollegen gehänselt. Wenn ich sage, dass ihre Witze nicht lustig seien, dann gelte ich als empfindlich. Was kann ich tun?

«Wenn jemand rassistische Kommentare macht oder sich über die ethnische Zugehörigkeit deines Kollegen lustig macht, ist das rassistische Diskriminierung, die seine Person verletzt. Aufruf zu Hass oder Diskriminierung aufgrund einer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit ist eine Straftat. Informiere deine Ausbilderin oder deinen Ausbilder, eine Lehrperson oder die Schulleitung. Um deine Aussagen zu untermauern, ist es wichtig, dass du jeden Belästigungsvorfall dokumentierst, indem du Datum, Uhrzeit, beteiligte Personen und Details des Geschehens notierst. Der Ausbildungsbetrieb und die Berufsschule müssen etwas unternehmen, damit die Diskriminierung aufhört. Besteht das Problem weiterhin, wende dich an die Lehrlingskommission oder an deine Gewerkschaft. Adressen von Anlauf- und Beratungsstellen in deiner Region findest du auch bei der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes **(rebrand.ly/antirassismus).**»

Félicia Fasel, Jugendsekretärin.

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an **lehre@unia.ch.**

workrätsel

3 Mal ein Coop-Gutschein à Fr. 100.– zu gewinnen!

Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

Oberbekleidung		engl.: schneiden	Abk.: Hämoglobin	Bindewort (... noch)		histor. Wurfspiess		Weltmeer	enthaltsame Lebensweise		schweiz. Autor (Urs)	oberster Punkt am Himmel	dt. Vorsilbe	im Mund zerkleinern		Postanschrift		häufig, nicht selten
175 Jahre Bundesverfassung der ...	►						11	Doppelvokal	►		Mini-Löhne für ...-Auspackerinnen	►						
Sänger v. Patent Ochsner	►				8	Prüfungen, Stichproben		Spurenelement	►					Beweis		Initialen e. CH-Tennisspielers	►	
			eh. schweiz. Popgruppe		Flüssigkeitsbehälter Mz.	►					Wasservögel		Baskenmütze	►			9	
erfolgr. Schlager		Texte entziffern	►					Grundstück, Gelände		harzlose Nadelbäume	►					schweiz. Nutzfahrzeugverband		Schulstadt an der Themse
Ausflug, Wanderung	►				Coiffeurladen		ind. Heil- u. Gewürzpflanze	►			10		brennbares Gas		german. Gottheit	►		
Hilfswerk	internat. Presseagentur	Kulthandlung		Singvögel	►	1				Landwirt		Bundesrat (Alain)	►			5		
	▼	▼					irreale Vorstellung		Kissenhülle	►					biolog.: Lebensraum		vorbereiten: sich ...	
Spielkartenfarbe (dt.)	►			unordentl. Chaot u. Sammler		Hühnervogel	►	7				Stabsoffiziere		US-Schauspielerin (Goldie)	►		▼	
übermässig trinken	Erweiterung e. Hauses		beweglich	►					weibl. Ziege		südspan. Hafenstadt	►	3					Ausruf
	▼					St. Galler Messe		vollbracht, fertig	►					work sagt was ist. Am ... der Zeit.		Bär im Kinderbuch (dt.)	►	
	4		Jetztzustand		Fischmarder	►					Computertaste		Figur bei Lindgren †	►			6	
kurz für: an das		schweiz. Maler (Rolf)	►					Augenblick, im ...		amerik. Gebäck mit Loch	►					Personalpronomen		Nasallaut
					UBS, die ...bank	►						2	Schubfach Mz.	►				
Begriff aus der Hundehaltung		Wundstarrkrampf	►							Arbeitsprodukt	►							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 15
Das Lösungswort lautete: WOHNKOSTEN

	C	G				E						D		A				
	H	A	I	E		K	A	L	K	S	T	E	I	N		L	A	G
	A	M		B		S	C	O	R	P	I	O		T		E	D	I
	B	E	R	E	I	T	S		E		M		G	U	R	K	E	
A	L	T	E	R		A		A	B	H	E	B	E	N		T		S
	A		M		A	S	E	P	S	I	S		B		L	O	V	E
	I	B	I	S	S	E		F		R		H	E	X	E	R	E	I
U	S	U	S		T		W	E	I	T	H	E	R		V		R	F
		R		G	A	M	E	L	L	E		E		S	E	N	S	E
	T	R	A	E	G		D		F		A	R	E	A	L		U	
K	O	I		N		G	E	B	I	S	S	E		L		S	C	B
	M		R	O	M	U	L	U	S		C		U	M	K	E	H	R
	A	S	E	N		I		E		Z	O	L	L	I		N		A
	T		M	I	T	D	E	N	K	E	N		K	A	K	A	D	U
D	E	M	O		T	E	R	Z		H	A	R		K	I	T	A	S

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Bern in Bern für zwei Pesonen, hat gewonnen: Markus Fuchs, Lachen SZ. Herzlichen Glückwunsch!

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 13. Oktober 2023

INSERAT

DEMO

Elektriker:innen und Gebäudetechniker:innen

Bessere Löhne, weniger Druck und Frühpensionierungen jetzt!

Samstag, 7. Oktober 2023
Alle nach Zürich!

13 Uhr, Landesmuseum (neben dem Hauptbahnhof)

Gratis-Transport aus allen Unia-Regionen.

UNIA

WORKLESERFOTO

Weisskittel – bitte nicht überfüttern!

WANN 16. September 2023
WO Im Grossen Moos bei Ins BE
WAS Schwan
Eingesandt von Roland Schwab, Täuffelen BE

Gewinnen Sie 100 Franken

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 15 / 15.9.2023: «GUETZLI GIBT'S NUR FÜR DIE ENKEL»

AHV stärken

Stärkt endlich die AHV. Sie reicht nicht für das teure Leben in der Schweiz!

ELISABETH GRÄDEL, VIA FACEBOOK

WORK 15 / 15.9.2023: SECHS ZEITGENÖSSISCHE PROMIS ZU 175 JAHREN BUNDESVERFASSUNG

Bakunin hat recht

Ich will nicht falsch verstanden werden, aber ist nicht hier der russische Anarchist Michail Bakunin der (heutigen) Realität am nächsten?

BEAT HUBSCHMID, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 15 / 15.9.2023: 1x1 DER WIRTSCHAFT: ÜBER DIE HÄLFTE BESITZEN (FAST) NICHTS

Sehr guter Beitrag

Der Beitrag zeigt klar und deutlich die extrem ungerechte Vermögensverteilung in der Schweiz.

ALOIS AMREIN, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 15 / 15.9.2023: KOLUMNE JEAN ZIEGLER

Was hat das Fussvolk davon?

Mit Interesse lese ich eure Zeitung. Auch immer die Kolumne von Jean Ziegler, obwohl ich oft nicht mit seinen Ansichten einverstanden bin. Bezogen auf seinen Bericht «Ein Kolonialreich zerfällt» möchte ich von ihm konkret wissen, in welchem Land unter einer Militärregierung die Lebensverhältnisse des Volks besser geworden sind.
Ich denke eher, dass das Geld auch bei einem Regimewechsel in der aktuell herrschenden Klasse verteilt wird und das Fussvolk nichts davon hat.

FRITZ SUTER, ZUCHWIL

WORK 14 / 1.9.2023: ABZOCKER KENNEN KEINE KRISE

Wählen statt jammern!

Schamlose Ausbeuter sterben nie aus. Tatsache ist, dass sie in Bern seit je eine komfortable Mehrheit haben. Ein wesentlicher Grund ist meiner Meinung nach die miserable Stimmbeteiligung bei Wahlen. Lautes Jammern im nachhinein hilft nicht weiter!

H. GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

WORK, DIVERSE BERICHTE ZU DEN SOZIALVERSICHERUNGEN UND ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN (EL)

Unmenschlich, diese Warterei

Es ist eine Realität, dass diejenigen, die auf EL angewiesen sind, oft monatelang auf die Begleichung ihrer Arztrechnungen warten müssen. Diese Verzögerung führt nicht nur zu finanziellen Schwierigkeiten, sondern belastet auch die Gesundheit und das Wohlbefinden der Betroffenen erheblich. Es ist untragbar, dass Menschen, die ohnehin schon in finanzieller Not sind, mit Mahnungen und Betreibungsankündigungen konfrontiert werden, während sie auf die dringend benötigte finanzielle Unterstützung warten. Die Frage, die sich hier stellt, ist, warum die EL-Behörden nicht in der Lage sind, diese Rechnungen zeitnah zu begleichen. Es ist an der Zeit, dass die Prozesse überdacht und verbessert werden, um den Betroffenen eine schnellere und effizientere Hilfe zu bieten. Wenn Menschen auf EL angewiesen sind, sollten sie sich darauf verlassen können, dass ihre dringenden Bedürfnisse gedeckt werden, insbesondere wenn es um ihre Gesundheit geht.
Die Forderung nach einer besseren Unterstützung und einem Vermögen, bei der Auszahlung von EL schneller zu reagieren, ist keine Frage des Luxus, sondern eine Frage der sozialen Verantwortung.

LENA ZURBRIGGEN, ZÜRICH

WORK 14 / 1.9.2023: DIESE LÖHNE SIND EINE BODENLOSE FRECHHEIT

Verquere Logik

Kein Wunder. Die Weisskragenpinguine sind für einen Verband interessanter, da sie ein höheres Einkommen haben und entsprechend einen höheren Mitgliederbeitrag für ihren Verband einzahlen. Logisch Zweiklassensystem: Control Copy, Control V von der Uni St. Gallen. Die Lohnerhöhung und die Teuerungsanpassung werden ja in Lohnprozenten nach dem Giesskannenprinzip ausbezahlt. Fazit: Die Lohnscheren öffnen sich immer weiter.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

Juan González (50) versteht gut, wenn junge Menschen heute einen Bogen um die Branche machen

«Damals war es auf dem Bau viel familiärer»

Er ist ein typischer Vertreter seines Berufs und seiner Generation: Juan Ramón González Martínez. Mit zwanzig ist der spanische Bauarbeiter in die Schweiz gekommen und hat hier Wurzeln geschlagen. An früher denkt er etwas wehmütig zurück.

ASTRID TOMCZAK | FOTOS STEFAN BOHRER

Ein Hitzetag im Sommer 2023. Wer kann, flüchtet sich in den Schatten. Juan González Martínez kann nicht: Auf der Baustelle in Pfeffingen BL brennt die Sonne erbarmungslos auf den 50jährigen Spanier und seine Kollegen. Ihr Arbeitgeber stellt ihnen eine Stirnblende mit Nackenschutz zur Verfügung, Sonnencrème müssen sie selber berappen. Zum Gespräch treffen wir uns in der Baracke für die Mittagspause. Auch hier ist es nicht kühl, aber wenigstens schattig.

1993 ist Juan González Martínez in die Schweiz gekommen. In Spanien herrschte damals Arbeitslosigkeit; ein Kollege, der schon in der Schweiz war, erzählte ihm von einer Firma in der Schweiz, die Arbeitskräfte suche. «Er sagte: Probier's mal aus», erinnert sich González. «Wenn's nicht passt, gehst du wieder zurück.» Es hat gepasst, er lernte auf einem Fest seine spätere Frau kennen, wurde in Basel sesshaft. Seine Frau ist Spanierin zweiter Generation. Die zwei Kinder Zaira (16) und Adrian (11) sind hier geboren, haben den Schweizer Pass. «Ich nicht», sagt er achselzuckend. «Vielleicht irgendwann.»

GANZ EUROPA AUF EINER BAUSTELLE

González ist Schaler. Er macht verschiedene Betonier- und Maurerarbeiten und stellt Gussformen für die Bauelemente her. González kann zupacken und macht nicht grosse Worte. Aber er scheut sich nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Er zeigt auf die Baustelle. «Viel zu wenig Leute», sagt er. Seit einem Monat bauen sie zu viert an einem riesigen Einfamilienhaus, eine Baustelle, auf der früher wohl sieben Personen gearbeitet hätten. Immerhin haben sie Glück mit dem Polier: Jeweils um 15 Uhr gibt's eine Glacepause. «Das ist nicht bei allen so», sagt González.

Die Arbeitstage auf der Baustelle sind lang. Von März bis September dauern sie von 7 bis 17 Uhr, eine Stunde Mittagspause. Im Winter sind es 7 bis 7,5 Stunden. Zwar war die Arbeit auf dem Bau schon immer hart. Aber: «Als ich angefangen habe, war es viel familiärer», sagt er. «Damals gab es nur Spanier, Italiener und Portugiesen.» Heute werde Polnisch, Kroatisch, Albanisch gesprochen. Die Verständigung klappe zwar gut, alle sprechen ihre Version von «Schwizerdütsch», aber der Zusammenhalt fehle oft. «Früher kannten die Chefs die einzelnen Namen. Heute sind wir Arbeiter wie eine Nummer», sagt González. Darunter leide die Solidarität. «Jeder schaut für sich. Wenn früher jemand Nein sagte, sagten die anderen auch Nein. Wenn ich heute ‹Nein› sage, sagen die anderen ‹Vielleicht›.»

STOLZER GEWERKSCHAFTER

Juan González ist einer, der auch mal Nein sagt. Er steht für die Rechte der Arbeiter ein. Seit er in der Schweiz ist, ist er Gewerkschaftsmitglied. «Meine Chefs wussten immer, dass ich in der Gewerkschaft bin», sagt er lachend. Er ist immer dabei, wenn die Unia ruft. Das hat vielleicht auch mit seiner Herkunft zu tun. «In Spanien war ich vom ersten Arbeitstag an Mitglied in der Gewerkschaft, das war obligatorisch», erzählt er. Auch in der Schweiz hat er die Erfahrung gemacht: «Wenn du dabei bist, hast du keine Probleme.» Er überzeugt deshalb auch junge Arbeitskollegen, bei der Gewerkschaft mitzutun. Allerdings sei es immer schwieriger, junge Menschen zu finden, die sich auf dem Bau bei Regen, Frost und Hitze abrackern wollen.

Noch zehn Jahre muss er durchhalten: «Augen zu und durch. Aber wenn ich noch zwanzig Jahre vor mir hätte, würde ich kündigen.» Mit seinem Arbeitgeber ist Juan González zufrieden. Aber er hat auch beobachtet, dass sich in der Branche viele schwarze Schafe tummeln, die Arbeiter zu Dumpinglöhnen, schwarz oder am Wochenende beschäftigen. Und viele machten damit Druck, dass sie billigere Arbeitskräfte aus Polen oder Kroatien in die Schweiz holen würden. Der zunehmende Leistungsdruck, die langen Arbeitszeiten – das alles ist auch für die Familie eine Belastung. «Es macht keinen Spass mehr», meint González. Wer kleine Kinder habe, sehe sie kaum. «Ich habe eine gute Beziehung zu meinen Kindern», sagt er. «Das ist kein Problem. Die verstehen das. Aber junge Väter mit einem weiten Arbeitsweg sehen ihre Kinder maximal 2 Stunden am Tag.»

EINE EINLADUNG AN DIE POLITIK

Und dennoch: Blickt er auf sein Arbeitsleben zurück, schwingt da auch Berufsstolz mit. Überall sieht er Zeugnisse seiner Arbeit, einen Tunnel in Liestal, einen Kreisel in Muttenz. Er wünscht sich, dass er und seine Kollegen mehr gesellschaftliche Anerkennung erhalten und gerecht behandelt werden. «Ich möchte allen Politikern sagen, kommt mal zu uns auf die Baustelle und arbeitet eine ganze Schicht mit uns.» Und zwar egal, ob draussen 39 Grad Hitze oder minus 10 Grad Kälte herrschen. «Dann schaut ihr, ob die Bedingungen gerecht sind oder nicht.» Sagt's, montiert Helm und Sonnenschutz und geht zurück an die Arbeit.

JUAN GONZÁLEZ

MIT BAUHELM UND ANGELRUTE

Juan Ramón González Martínez ist in Galicien, Spanien, aufgewachsen und hat dort bereits als Jugendlicher auf dem Bau gearbeitet. Als Schaler bei der Firma Huber Straub verdient er im Monat 5000 Franken brutto. Er ist Mitglied der Unia, wo er auch als Baupräsident amtet.

FAMILIE. González lebt mit seiner Frau, einer Pflegefachfrau, und seinen beiden Kindern Zaira (16) und Adrian (11) in Basel. In seiner Freizeit geht er gerne mit Kollegen und seinem Sohn fischen, oft ins Elsass, wo sie Forellen, Zander und Hechte fangen. Seine Eltern leben in Santiago de Compostela, jedes Jahr fährt die Familie in den Sommerferien in seine alte Heimat. Seine Kinder sind sein ganzer Stolz – seine Tochter ist im zweiten Jahr ihrer Ausbildung zur Fachfrau Kinderbetreuung und arbeitet mit Kindern mit Downsyndrom. Sohn Adrian spielt Trompete in einer Guggemusig. Trotz der harten Arbeit ist Juan González «gesund wie ein junger Mann. Ich habe keine Rückenschmerzen, gar nichts.»

***VIELSEITIG:* Als Schaler macht Juan González Betonier- und Maurerarbeiten und stellt Gussformen für die Bauelemente her.**

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Jérôme Béguin, Daniel Behruzi, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Martin Jakob, Maria Künzli, Clemens Studer, Astrid Tomczak, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.